Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, wo keine Post am Orte, Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inseratenpreis: Dienstag für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 15 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittags 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 207. Mittwoch, den 6. September 1905. 16. Jahrgang.

Arbeiter!

Die Millionen Abonnenten und Leser der feindlichen Presse sind größtenteils Glieder des arbeitenden Volkes, und gerade sie sind es, welche dieser zu ihrer Knechtung bestimmten Presse die ungeheure Macht verleihen, über welche sie verfügt. Der Arbeiter, der statt eines Arbeiterblattes ein Organ der Arbeiterfeinde hält, bezeht einen geistigen Selbstmord, ein Verbrechen an seinen Brüdern, einen Verrat an seiner Klasse. Die Presse ist heute das wirksamste Mittel der Knechtung. Bemächtigen wir uns dieses Hebels, und die Presse wird das wirksamste Mittel der Befreiung sein.

Diese Sätze, die Wilhelm Liebknecht vor Jahren geprägt hat, sind auch heute noch zutreffend und verdienen vollste Beachtung.

Eine anarchistische Episode

Großes Aufsehen erregte in bürgerlichen wie in sozialdemokratischen Kreisen die von uns schon kurz erwähnte Versammlung von 3000—4000 lokalorganisierten Gewerkschaftlern im Feenpalast zu Berlin, die nach einem Vortrag des Genossen Dr. Friedeberg eine Resolution faßte, welche die bisherige taktische und prinzipielle Haltung der Sozialdemokratie verwarf. Der Referent dieser wohlvorbereiteten Kundgebung, der im sozialdemokratischen Wahlverein organisierte Genosse Dr. Friedeberg, ging in seinem Vortrag eigentlich noch weiter als die Resolution, ihm mag angesichts der großen Versammlung, die ihm zustimmte, der Gedanke einer neuen revolutionären Partei vorgeschwebt haben, denn anders läßt sich kaum die Taufe seiner Ideen mit dem geschlossenen Namen „Anarchosozialismus“ verstehen. Die Resolution, die zwar an Klarheit des Ziels auch sehr viel vermissen ließ, kehrte sich dagegen vorläufig nur kritisch gegen die sozialdemokratische Partei ohne dem Gedanken eine Neugründung aufzuwerfen. Sie konstatierte das Vordrängen und Erstarken der Reaktion in Deutschland und behauptete, daß ihr gegenüber ein Zurückweichen des Proletariats stattgefunden habe, welches sich auch nicht durch parlamentarische Scheinerfolge und die erfolgte Besserung der Lebenshaltung des Proletariats verschleiern lasse. Schuld daran trage der dogmatische Marxismus, der das Proletariat verleitet habe, an die Stelle der „direkten revolutionären Aktion“ die allmähliche Umänderung der wirtschaftlichen Verhältnisse durch parlamentarische und gewerkschaftliche Betätigung zu setzen. Gegen diese Methode, deren schlimmster Teil die Neutralitätserklärung der Gewerkschaften sei, wurde protestiert und schließlich gesagt:

Der Klassenkampf, der **kein politischer**, sondern **ein wirtschaftlicher** und **psychologischer** (Revolutionierung der Köpfe) ist, muß sein **einheitliches Gepräge wieder erhalten durch Bildung von sozialistischen Klassenkampforganisationen**, die unter Zusammenfassung und Heranbildung wahrhaft revolutionärer Elemente sowohl den auf Verbesserung der Lebenshaltung und Arbeitsbedingungen gerichteten Tageskampf führen, wie auch die Träger des ganzen auf Umsturz der Klassenherrschaft gerichteten Befreiungskampfes sind.

Der auf der Ausbeutung der Arbeitskraft des Proletariats als Klasse aufgebaute Kapitalismus kann nur gestürzt werden durch **Entziehung und Verweigerung dieser Arbeitskraft** seitens der ganzen proletarischen Klasse. Ihren Ausdruck finden die dahin gerichteten Bestrebungen in der Idee des **Generalstreiks** und der Agitation für den denselben.

Deshalb erachten die am 28. August 1905 im Feenpalast tagenden, dem Berliner Gewerkschaftskartell angehörigen Organisationen der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften „die Schaffung und den **Ausbau sozialrevolutionärer Gewerkschaften**, welche alle auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Bewegungen zusammenfassen und ihre vornehmlichste Kraft der Propaganda und Herbeiführung des Generalstreiks widmen, als die zur Zeit wichtigste Aufgabe des deutschen Proletariats.

Daß diese Resolution ohne erheblichen Widerspruch angenommen werden konnte, ist einzig und allein auf die eigenartige oppositionelle Stellung zurückzuführen, welche in Berlin die etwa 10,000 lokalistisch organisierten Gewerkschaftler zu den Zentralverbänden und teilweise auch zur Partei seit mehr als einem Jahrzehnt einnehmen. Die Lokalverbände sind nicht nur der Sammelplatz von anarchistisch angehauchten und extrem-sozialistischen Gewerkschaftlern und Genossenschaftlern, sondern es hat sich im Verlaufe des jahrelangen Konkurrenzkampfes auch eine persönliche Verbitterung ausgebildet, die nach und nach zu grundsätzlicher Opposition in allen Parteifragen führte. Man war gewohnt, Schläge auszuteilen und schlug nun ohne langes Besinnen wieder einmal gehörig daneben, umsomehr, als ein Vertreter unserer Parteianschauungen in diese Versammlung nicht gegangen war, da deren Absichten vorher niemand kannte. Was so von akademisch befähigten Genossen versäumt worden war, holte der „Vorwärts“ bald in mustergiltiger Weise nach. Er zeigte, daß diese ganze Bewegung nur ein Aufguß der Jungenbewegung aus dem Jahre 1890 war, daß der Glaube an die revolutionäre direkte Aktion, die mit wenigen Schlägen zum Siege führt, nur in illusionsfähigen Anarchistenköpfen dauernd platzgreifen kann und daß noch so schöne Phrasen nicht imstande sind, uns von der selbstverständlichen langsamen Tagesarbeit vom politischen und gewerkschaftlichen Kampfe loszulösen. Das prompte Eingreifen des „Vorwärts“ hatte denn auch Erfolg, diejenigen Teilnehmer der Feenpalastversammlung, welche bisher zur sozialdemokratischen Fahne gehalten hatten, sahen ein, daß sie einen Vormarsch in falscher Richtung eingeschlagen hatten und überlegten noch einmal ihr Vorgehen. Dabei kamen die Vorstände der lokalistischen Gewerkschaften zu folgendem Beschluß:

„Die Vorstände und Delegierten der im Berliner Gewerkschaftskartell vereinigten Organisationen erklären, durch Annahme der Resolution vom 28. August d. J. **keineswegs die revolutionären Bestrebungen der sozialdemokratischen Partei schädigen zu wollen.** Es wird vielmehr nach wie vor ihre Aufgabe sein, die Mitglieder ihrer Organisationen zu **klassenbewußten Arbeitern und überzeugten Sozialisten** zu erziehen.

Die anwesenden Vertreter der im Kartell vereinigten Gewerkschaften nehmen für sich dasselbe Recht der freien Meinungsäußerung in Anspruch, welches den neutralen Verbänden, sowie den Revisionisten in der sozialdemokratischen Partei und Presse gewährleistet ist.“

Wir sind die letzten, die ihnen dieses Recht streitig machen wollen, können aber doch die Meinung nicht unterdrücken, daß diese neue Resolution in ziemlich schroffen Gegensatz zu der früher gefaßten steht. Wenn die Opposition weiter nichts will, als den revolutionären Flügel in der Partei zu stärken, — und wenn sie darauf verzichten, die Ziele der Partei absichtlich zu durchkreuzen, wie das die Lokalisten auf gewerkschaftlichem Gebiete oft tun — so wird man ihnen nicht viel in den Weg legen. Dazu brauchen sie allerdings keine anarchosozialistische Partei.

Mit der neuerlichen Erklärung dürfte der Hauptakt dieser „Jungenbewegung“ schon vorüber sein, die Hoffnung unserer bürgerlichen Freunde auf eine Spaltung der Partei ist wieder einmal schnell zerronnen.

Zum Frieden.

Der Friedensvertrag ist fertiggestellt und sollte Montag Nachmittag 5 Uhr unterzeichnet werden. Der Vertrag besteht aus 17 Artikeln und einer kurzen Einleitung. Ein Auszug aus dem Friedensvertrage wird telegraphisch nach Petersburg und Tokio übermittelt werden, während der tatsächliche Wortlaut den Regierungen in beiden Hauptstädten erst nach der Rückkehr der Friedensunterhändler bekannt werden wird. Die Ratifikationen müssen innerhalb eines Zeitraumes von 50 Tagen ausgetauscht werden. Die japanischen Bevollmächtigten hoffen Portsmouth morgen, die Russen am Mittwoch verlassen zu können.

Linewitsch fängt jetzt zu siegen an.

General Linewitsch telegraphiert vom 3. September an den Kaiser: Am Vormittag des 1. September warf unsere Abteilung in Korea mehrere energische Angriffe von sechs japanischen Bataillonen mit zwölf Geschützen zurück. Gleichzeitig ergriffen die Japaner die Offensive gegen die Abteilungen bei Kiankeregui im Defilee von Petschnguliem.

Die Semstwo tagen weiter.

Am Freitag fand in der Wohnung des Semstwomitgliedes Bajenow eine Ausschußsitzung der Städte statt. Als die Sitzung begonnen hatte, traten die Polizisten mit einem Befehl des Generalgouverneurs ein, die Versammlung zu schließen. Als die Versammelten sich weigerten, dem Befehl zu folgen, trotzdem die Polizisten mit der Anwendung von Gewaltmaßregeln drohten, wurde schließlich die Erlaubnis zur Fortsetzung der Versammlung unter der Bedingung erteilt, daß die Polizei der Sitzung beiwohnen könne.

Pastor Klinghammer.

Roman von Wilhelm Hegeler.

62] (Nachdruck verboten.)

„Hm — ja — Sie sind wohl einer der Bewerber, nicht wahr?“ fragte er, Daniel hochmütig und mißtrauisch musternd. Dann wandte er sich wieder an eine Dame, die leise in ihr Taschentuch schluchzend auf ihn einsprach.

„Ich wollte Sie schon im Laufe des Tages aufsuchen, Herr Pastor,“ fuhr Daniel nach einer Weile fort.

„Da hätten Sie mich kaum angetroffen. Freitags bin ich stets den ganzen Tag über besetzt.“

„Um so mehr freut es mich, Sie jetzt begrüßen zu können.“

„Und wenn ich mich an seinen Rockzipfel klammern soll. Ich lasse ihn nicht los,“ dachte er. Er vermochte sich keine Rechenschaft zu geben, was ihn gerade zu diesem Manne hinzog, sondern folgte willenlos einem Zwang. Der Saal hatte sich schon entleert, als die beiden dem Ausgang zuschritten. Auf der Straße blieb Capobus stehen, als wenn er erwartete, daß sich jetzt Daniel verabschieden würde. Aber dieser sagte:

„Vielleicht darf ich Sie ein Stück begleiten. — Ich logiere nicht weit von hier, im Evangelischen Vereinshaus.“

„Im Vereinshaus logieren Sie? Da haben wir allerdings gemeinsamen Weg.“

Sie waren durch mehrere stille Straßen gekommen, als sie auf dem Markt plötzlich von einem Auflauf aufgehalten wurden. Um einen Betrunkenen, der in eine Kneipe eindringen wollte, aber von dem im Eingang stehenden Wirt daran gehindert wurde, hatte sich eine Menge Volks versammelt.

Schreien und wüstes Singen drang aus dem geöffneten Lokal.

„Das sind die Pesthöhlen,“ murmelte Daniel. Da werden die Verbrechen ausgebrütet.“

Und nach einer Weile fragte er:

„Haben Sie von dem scheußlichen Mord in Köln gelesen?“

„Ich lese dergleichen Dinge überhaupt nicht. — Wo soll denn der Mord passiert sein?“

Daniel erzählte begierig, was er wußte.

„Und in solchen Zeiten gibt es unter uns Leute — unter uns Pastoren — die Gottes Wort angreifen. Ihr eigenes Nest besudeln diese Menschen!“ sagte Capobus und fuhr, plötzlich stehen bleibend, fort:

„Sind Sie nicht ein Freund des Pastor Erbslöh hier?“

„Ein Bekannter von ihm.“

„Zwischen diesem Mann und mir gibt es kein gemeinsames Band. Das Tischtuch zwischen uns ist zerschnitten.“

„Auch mich trennen wichtige Fragen von ihm,“ stieß Daniel hervor.

„Sagen Sie mal,“ sagte Capobus nach einer Weile etwas freundlicher werdend, „Sie sind doch wohl der einzige ernsthafte Bewerber um die Stelle? Die andern kommen ja kaum in Betracht. Ihre Wirksamkeit hier wird mit Spannung erwartet — aber auch mit sehr gemischten Gefühlen —“

„Ich werde hoffentlich die nicht enttäuschen, die von mir das reine Evangelium erwarten.“

„Das reine Evangelium und den ganzen Christus! Hoffentlich nicht diese erbärmliche Halbheit, die schlimmer ist als eine ehrliche Absage.

„Da wäre ich ein schlechter Sohn meines Vaters, wenn ich zu den Halben gehörte.“

„Ihren Herrn Vater kannte ich sehr wohl. Ich war mit ihm in Kassel auf dem Missionsfeste. Das war ein ehrlicher Vollchrist.“

„Das bin ich auch“, keuchte Daniel.

Sie waren in der Nähe des Vereinshauses angekommen, als Capobus an einer Straßenecke stehen blieb und sagte:

„Hier scheiden sich unsere Wege, lieber Amtsbruder. Aber, wie wär's, wenn Sie mich noch weiter begleiteten und ein einfaches Butterbrot mit mir teilten?“

„Gern“, erwiderte Daniel begierig.

Zu Haus angekommen, führte Capobus den Gast in sein Arbeitszimmer, in welchem schon die Lampe brannte, und ließ ihn einen Augenblick allein, um seiner Frau Bescheid zu sagen. Ein warmer Bratendunst drang herein, als er die Tür des Eßzimmers öffnete. Gierig zog Daniel den Geruch ein, und empfand plötzlich rasenden Hunger. Vor Ermattung fast zusammenbrechend, setzte er sich auf einen Stuhl.

„Wie komme ich hierher?“ dachte er und rieb sich die Stirn, um sich seiner Betäubung zu entreißen. „Warum habe ich gegen meine Ueberzeugung geantwortet? Was will ich überhaupt von ihm? Ich habe ja nichts mit ihm gemein. Was? Nichts gemein? — — Jeder sucht seinesgleichen“, schoß es ihm plötzlich durch den Kopf. — „Was für 'ne reiche Einrichtung. Nur schrecklich geschmacklos! Wenn Marianne die Vorhänge sähe! Wahrscheinlich lauter Geschenke,“ dachte er, indem sein Blick auf eine mächtige Standuhr, in Form eines gotischen Kirchturms, fiel.

In einer Ecke lag schräg auf einer Staffelei ein mächtiges Buch, offenbar eine Bibel mit silbernem, durch Halbedelsteine verzieriem Deckel. Darüber hing ein Kupferstich, der gekreuzigte Christus von Albrecht Dürer mit der Inschrift: Das tat ich für dich. Was tust du für mich?

Brütend betrachtete Daniel die Gestalt am Kreuz, und ein erstickender Schmerz quoll in ihm auf, eine ungeheuere Traurigkeit und Verzweiflung. „Wir hassen, wir lügen, wir verraten unsere besten Freunde — das alles tun wir für Dich!“ dachte er. „Was für ein elender, elender Mensch bin ich! Gibt es für mich keine Rettung?“

In diesem Augenblick trat händereibend Capobus ein:

„Einen Augenblick müssen wir uns noch gedulden, lieber Amtsbruder. Sind Sie hungrig?“

„Es geht.“

„Ich verfüge über einen recht gottgesegneten Appetit. Nach solchen geistigen Anstrengungen — da pflege ich stets warm zu essen. Ein Beefsteak, ein Schnitzelchen, dergleichen leicht verdauliche Sachen.“

Er schmunzte sich umständlich, drehte die Lampe höher und fragte dann, während Daniel zerstreut und unruhig seine Blicke umherschweifen ließ:

„Sie studieren wohl meine Einrichtung, hm? — Im Lauf der Jahre hat sich ja so manches zusammengefunden. Meine erste Frau brachte eine recht umfangreiche Aussteuer mit in die Ehe. Dazu kamen dann Geschenke — so mancherlei, was man nicht gut ablehnen kann. Ein ganz Teil Sachen steht noch auf dem Söller.“

Dann erkundigte er sich nach Daniels Familienverhältnissen. Doch nach einer Weile wurde er ungeduldig:

„Hm, hm, meine liebe Frau ist heute recht unpünktlich. Schon zehn Minuten nach acht.“

Gleich darauf wurde die Tür von einem kleinen Jungen geöffnet, und die beiden traten ins Eßzimmer. An dem großen, von einer Hängelampe erhellten Tisch stand eine blasse, kümmerlich aussehende Frau, die in anderen Umständen zu sein schien. Außerdem befanden sich noch so viele Jungen im Zimmer, daß Daniel sie gar nicht zählen konnte. Die meisten schienen echte Capobusse zu sein, feist und rundlich und mit selbstzufriedenen Gesichtern. Sie vollführten einen ziemlichen Lärm, nur ein kleiner blasser hockte in der Ecke über einem Buch.

Capobus stellte den Gast seiner Frau vor, ließ die Kinder guten Tag sagen, legte dann plötzlich aber die Hand auf den Mund und machte:

„Pscht!“

Augenblicklich trat Stille ein. Auf einen Jungen zeigend, der mit dem Rücken nach dem Zimmer aus dem Fenster starrte, und einen gewissen Körperteil unter der blanken, drall gespannten Hose recht deutlich zur Schau stellte, flüsterte er Daniel zu:

„Das ist zu verlockend! Dem kann mein Vaterherz nicht widerstehn.“

Auf den Zehen sich heranschleichend, zog er dem Jungen einen über, daß dieser mit dem Kopf beinahe durch die Fensterscheibe fuhr. Die anderen Kinder brüllten vor Vergnügen.

„Bäh!“ machte der Vater, den erschrocken dreinschauenden Jungen auslachend. „Wir haben wohl wieder geträumt? He? — Aber sind wir auch fleißig gewesen? Wie heißt die zweite Person Plusquamperfekti Conjunctivi von punio, ich strafe? Hm? — Wir wissen das nicht? He!“ fuhr er fort, während die vergnügte Miene plötzlich in Wut überging, und er den Jungen an seinem Ohr hin- und herriß. „Wie heißt die Form von audio —? Wissen wir auch nicht? Haben also wieder einmal den ganzen Nachmittag geträumt, infamer Tagedieb? Marsch, das Aktivum der vierten Conjugation repetiert! — Untersteh' Dich und komm wieder, eh' Du's aus dem ff weißt.“

„Soll er nicht lieber erst zu Abend essen, Vater?“ fragte die Frau schüchtern.

„Nein, erst soll er sein Pensum lernen. Mit hungrigem Magen kapiert man besser. — — Ja, ja, man hat so seine liebe Not, Herr Amtsbruder, wenn man fünf Jungen aufs Gymnasium schickt. — Lasset uns bäten!“ sagte er in plötzlich verändertem Ton. (Forts. f.)

Unruhen in Baku.

Nach amtlichen Berichten haben am 2. September, gegen 5 Uhr Nachmittags, in Baku streikende armenische Straßenbahn-Angestellte Ruhestörungen begangen, indem sie auf Soldaten schossen; welche sie auf den Tramwaywagen ersetzten. Darauf begann das Feuer aus Fenstern und von den Dächern der Häuser. Die Soldaten erwiderten dasselbe. Am folgenden Morgen wurden die Ruhestörungen eingestellt. Bis 1 Uhr Nachmittags waren verzeichnet an Toten: 8 Mohammedaner, 1 Russe und 8 Armenier, an Verwundeten: 1 Polizeikommissar, 11 Armenier, 8 Russen und 7 Mohammedaner. Am Abend des 3. September begann das Feuer von neuem mit Heftigkeit, doch blieben die Angriffe auf die Truppen ohne Ergebnis. Am 2. September wurde 4 Werst von Gori der Leichnam des Geschäftsführers des Fürsten Erisow gefunden, am 3. September wurde ein Polizeikommissar durch 5 Schüsse in Gori getötet.

Geplante russische „Freiheiten".

Angeblich ist die Regierung jetzt dabei, das Versammlungs- und Pressrecht zu reformieren. Ueber diese Gesetze schreibt man der „Schles. Ztg.":

Das dringendste davon ist das Gesetz über die Versammlungsfreiheit, die, wie man eingesehen hat, nicht zurückzuhalten ist, wenn als Folge des Wahlgesetzes die Wahlpropaganda einsetzt. Das Gesetz über die Versammlungsfreiheit ist, nach deutschem Muster gearbeitet, im wesentlichen fertig. So viel verlautet, verbieten seine Bestimmungen jede Erörterung über die autokratische (!) Grundform des Staates sowie auch „Ausdrücke der Beurteilung dieses oder jenes Staatsorgans"; ferner darf alles, „was sich irgendwie auf revolutionäre Lehren bezieht", nur „akademisch" erörtert werden. Der überwachende Polizeibeamte hat natürlich das Recht, die Versammlung aufzulösen, wenn ihm das geboten erscheint.

Noch nicht fertig ist eine Vorlage über die Lage der Presse. Man will vorläufig nur eine Reihe der schwersten Beschränkungen aufheben und es der Reichsduma überlassen, der Presse weitere Freiheit zu geben. Sehr eifrig beschäftigt sich das Ministerium des Innern mit der Ausarbeitung der Wahlordnung, die sogleich auf den ersten Sitzungen der Graf Sollikschen Kommission erledigt werden soll. Alsdann wird zur Leitung der ganzen Wahlsache ein besonderes „Wahlkomitee" eingesetzt werden und dieses eine vom Monarchen zu ernennende Person, die nicht zur Beamtenschaft gehört, als Präsidenten erhalten.

Das wird eine feine Preß- und Vereinsfreiheit werden. In der autokratischen Grundform des Staates darf keine Kritik geübt werden — nach dem Erlaß einer angeblich konstitutionellen Verfassung! Die Regierung lebt nur noch von der Lüge.

Politische Uebersicht.

Klassengründe. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie wird in dem Blatte der beiden Heiligen Stöcker und Mumm, genannt „Das Reich", in besonders gesitteter Weise geführt. In einer seiner letzten Nummern leistet sich das noble Blatt folgende Erbärmlichkeiten:

Die Sozialdemokratie ist nicht nur ein wirtschaftliches Uebel, sondern auch eine Krankheit der Gesinnung. Und Krankheiten der Gesinnung kann der Staat allein nicht heilen. Kirche, Schule und Haus müssen zusammenwirken, um Gottesfurcht und gute Sitte, von Vaterlandsliebe und Genügsamkeit in die Herzen zu bringen. Endlich sei zum Schluß noch das Mittel wider die Sozialdemokratie erwähnt, auf das wir schon häufiger hingewiesen haben, dessen Wirksamkeit aber leider noch vielfach bezweifelt wird: Wir meinen die Einführung von Diäten für die Mitglieder des Reichstages. Und doch glauben wir, daß gerade jetzt der richtige „psychologische Moment" wäre, dieses Mittel in Kraft zu setzen. Innerhalb der sozialdemokratischen Partei sind starke Gegensätze vorhanden, von den Revisionisten bis zu den Anarchisten. Alle wahren aber die „Einheit" und machen im entscheidenden Moment „Sammtpfötchen". Warum? Nur deshalb, weil die Oligarchen an der Parteispitze den Brotkorb in Händen haben. Wer nicht gehorcht, der bekommt kein Geld. Und alle wollen nicht nur leben, sondern, wenn möglich, sogar recht gut leben. Diese ganzen Gewaltmittel könnte man den Parteibonzen leicht aus der Hand schlagen. Wenn jedes Mandat 3000 Mark im Jahre bedeutet, so werden sich auf jedes Mandat mindestens ein Dutzend Sozialdemokraten stürzen; sie werden es an Offenbarungen untereinander und übereinander nicht fehlen lassen und sich gegenseitig nach Herzenslust zerfleischen. Ein Zerfall der Partei ist unausbleiblich, wenn die Diäten nicht mehr Parteignade sind, sondern einen von jedermann erringbaren Kampfpreis bedeuten. Man sollte nicht zögern, dies Mittel in Anwendung zu bringen. Die Worte, die Fürst Bismarck bei Verlesung der Diäten hatte, haben sich längst als Illusionen erwiesen.

Die Dummheit dieser Beweisführung könnte uns eigentlich einer Antwort überheben. Da wir jedoch selbst mit den beschränkten Schluckern im „Reich" einiges Mitleid haben, wollen wir ihnen bescheiden mitteilen: im Falle der Gewährung von Diäten würden erstens einmal alle Mitglieder der Fraktion das Geld an die Parteikasse abzuführen haben, genau wie es mit den Diäten der Zollkommission geschah. Die Abgeordneten würden nur so viel bekommen wie bisher und die Parteikasse hätte eine nette Einkunft. Zweitens aber ist kein Sozialdemokrat so geldgierig wie gewisse andere Leute, daß er in seinem Kampfe an nichts anderes als an den Mammon denkt. Wenn einer mit solchen Trieben wirklich sich eindrängte, würde er bald an die frische Luft gesetzt werden.

Man sieht es der frommen Figur des Herrn Lizentiaten Mumm schon an, daß er den Geist und die sittliche Höhe des obigen Artikels zurechtgebürtet hat.

Am Heiligsten versündigt — an Rußland! Ueber den Regierungsrat Martin, dessen Schrift über die Zukunft Rußlands und Japans die „Nordd. Allg. Ztg." am Sonnabend Abend so energisch desavouiert hat, schreibt der „Hannov. Cour.":

„Für Herrn Martin wird diese öffentliche Rüge wohl das Ende der amtlichen Laufbahn bedeuten. Gut angeschrieben war er „oben" ohnehin nicht mehr, seit er trotz des Abfalls des Grafen Posadowsky seinerzeit eine aussichtslose Reichstagskandidatur im Königreich Sachsen (wo Martin beheimatet ist) akzeptiert hatte. In Zusammenhange damit war dann wohl auch seine Versetzung aus dem Reichsamt des Innern in das Kaiserliche Statistische Amt erfolgt. Jedenfalls würde der Reichsdienst in Herrn Martin einen ungemein fähigen Beamten von nicht gewöhnlicher Arbeitskraft verlieren."

Wer sich am heiligen Rußland versündigt, kann nicht deutscher Beamter sein. Denn wir lecken dem Zaren die Stiefel ab.

Die Fleischnot. In einer Audienz, welche die Schutzkommission der Berliner Gastwirtsvereinigung beim Handelsminister Möller und Landwirtschaftsminister von Podbielski zur Ueberreichung einer Petition zur Verringerung der Fleischnot hatten, erklärte der Handelsminister:

Er könne nur sagen, daß der Grund der Fleischnot in der schlechten Futterernte des vorigen Jahres liegt. Man müsse aber auch bedenken, daß sich der Wohlstand gehoben habe. Handwerker und Arbeiter verdienen jetzt das Doppelte wie früher. Sie wollten jetzt täglich Fleisch essen, statt wie sonst wöchentlich zwei Mal. Er bat die Gastwirte, ihre sämtlichen Preise um 10 Pfennige zu erhöhen. Eine Oeffnung der Grenze sei wegen der in Oesterreich und Ungarn herrschenden Seuche ganz unmöglich. Auch ein plötzlicher Preissturz sei nicht wünschenswert. Die Regierung werde aber den Ursachen der Fleischteuerung auf das Sorgfältigste nachforschen.

Der Landwirtschaftsminister von Podbielski bestritt in der Audienz das Bestehen einer Fleischnot. Die Grenze nach Oesterreich könnte auf keinen Fall geöffnet werden. Im übrigen müsse er die Deputation auf den 1. März 1906 hinweisen, wo nach der Einführung des Zolltarifes alles noch etwas teurer werde, das jetzige Geschrei sei ganz unnötig.

Das ist derselbe Podbielski, der am 11. August erklärte, in 3 bis 4 Wochen sei die Fleischnot vorüber! Es ist gut, daß das leidende Volk so ein Urteil über den guten Willen und über das prophetische Genie seiner Regierung sich bilden kann.

Proletarier, Fleischer, Gastwirte, Bürgermeister! Euer Geschrei ist unnötig. Der Schweinezüchter Pod, der zwar selber kein Borstenvieh mehr hat, weiß es besser. Seine gnädige Antwort erinnert an ähnliche Kundgebungen von Trepow und Nikolaus in Rußland.

* * *

Die Regierung in den Reichslanden hat das Verbot der Schweineeinfuhr aus Luxemburg zurückgenommen. Trotz des unnötigen Geschreies!

Das badische Ministerium des Innern veranlaßte bezirksamtliche Erhebungen für die Ursachen der Fleischnot. Die badischen Städte ersuchen die Regierung, beim Bundesrat Gegenmaßregeln zu beantragen.

Alles unnötiges Geschrei! Pod weiß es besser.

Aus Ost- und Westafrika. Der Oberleutnant von der Marwitz von der ostafrikanischen Schutztruppe hat dem Vernehmen nach die Rebellen im Hinterlande von Kilwa gründlich geschlagen. Der Feind hat gegen 40 Tote und zahlreiche Verwundete gehabt.

Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Reiter Friedrich Freudenreich, geboren am 1. August 1881 zu Rechow, am 26. August 1905 auf Patrouille bei Korakorabis gefallen; Lungenschuß.

Wegen der Reichstagsersatzwahl in Essen werden in dem dortigen Wahlkreis aus Anlaß der bevorstehenden Reichstagswahl keine Reservisten und Landwehrleute jetzt zu militärischen Uebungen herangezogen. — Das ist eine Maßnahme, die von nun ab hoffentlich allgemein eingeführt wird.

Ausland.

Eine Versammlung der Sozialdemokraten und Kossuthianer in Pest. Das Ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet: Sonntag Nachmittag fand eine von den der Unabhängigkeitspartei angehörigen Bürgern der Hauptstadt veranstaltete Volksversammlung statt, an welcher etwa 8000 Personen, darunter ungefähr 4000 Sozialisten teilnahmen. Nachdem das Bureau gewählt worden war, wurden zwei Resolutionen vorgelegt. Die erste Resolution, in der die Koalition und insbesondere die Unabhängigkeitspartei aufgefordert werden, im Parlament die Frage des allgemeinen und geheimen Wahlrechtes nicht nur aufzuwerfen, sondern auch durchzuführen, wurde angenommen. Die zweite Resolution, wonach eine Deputation von fünfzig Personen dem König eine Adresse überreichen soll, in der die Volksversammlung erklärt, daß sie unter den schwierigen Verhältnissen ihre einzige Hoffnung in die Weisheit des Königs setzt und die Erfüllung der ungarischen nationalen Wünsche erhofft, wurde nach einer längeren Rede des Sozialistenführers Kardos abgelehnt. Die Ruhe wurde nirgends gestört. Selbstverständlich.

Gegen den Sozialismus in der Kaserne. Sechs Soldaten des 5. italienischen Ingenieurregiments, die bei dem Bau des Forts Colpiccolo in Codora beschäftigt waren, sind verhaftet und unter der Anklage, revolutionäre Propaganda im Heere getrieben zu haben, nach Turin übergeführt worden.

Die Wahlen in Schweden. Von den Wahlen zur zweiten Kammer wurden am Sonntag 21 vollzogen. Die Neuwahlen brachten der Rechten und damit der proportionalen Wahlmethode einen Verlust, der auf drei bis fünf Sitze geschätzt wird. **Die Sozialdemokraten gewannen einen Sitz in Helsingborg.** Unter den Wiedergewählten befindet sich der neue Landwirtschaftsminister Peterson. Die Wahlbeteiligung ist bisher sehr lebhaft.

Marokkosorgen. Am Montag Morgen brach auf dem Markte in Tanger unter den Leuten vom Stamme Beni Mesmad eine Schlägerei aus. Ein Mann wurde getötet. In der Stadt herrscht starke Panik. Alle Läden sind geschlossen. Die Leute Raisulis benutzen die Unruhen, um eine Anzahl Leute vom Angera-stamme zu verhaften.

Es fehlt nur noch, daß auch in den Marokkokrakehl die Deutschen ihre Nase stecken.

Roosevelt bei den Kohlengräbern. In Wilkesbarron, im Zentrum des Kohlengrubendistrikts Pennsylvaniens (Nordamerika), fand kürzlich eine Massenversammlung von Kohlengräbern statt, in welcher Präsident Roosevelt als Redner auftrat. Es sollte erst die Generalversammlung der katholischen Abstinenzler sein, vor der Roosevelt sprechen wollte, aber Mitchell, der Präsident des Kohlengräber-Verbandes, wußte die Sache zu gunsten des Verbandes auszunützen. Die Mehrzahl dieser katholischen Abstinenzler sind organisierte Kohlengräber; Mitchell wurde Präsident der Versammlung, und die Arbeiterinteressen traten in den Vordergrund, die Temperenz war Nebensache. Im Jahre 1902 hatte Roosevelt den großen Streik der Kohlengräber durch ein Schiedsgericht geschlichtet. Die Arbeitsbedingungen wurden für einen Termin von drei Jahren festgesetzt. Dieser Termin läuft im April nächsten Jahres ab, und die Kohlengräber müssen sich zu einem neuen Kampfe rüsten. Eine gute Einleitung dazu schien Mitchell diese Massenversammlung mit Roosevelt und Kardinal Gibbons, der ersten Leuchte der katholischen Kirche in den Vereinigten Staaten. Natürlich sprachen die Redner viel von dem Wohl der Arbeiter, und Roosevelt wiederholte, was er schon oft gesagt hatte, daß er nämlich die Gewerkschaften hochschätze, so lange sie weise und gerecht handeln und die Rechte anderer respektieren. Die Kohlengräber haben nun ihre bestimmten Forderungen, nämlich den Achtstundentag und die Anerkennung der Union, was ihnen am wichtigsten ist. Die Organisation unter den Kohlengräbern ist schwierig, weil die große Mehrzahl aus Ausländern besteht, darum ist eine gewisse Einrichtung in der Weichkohlenregion von größerem Vorteil für den Verband. Die Mitgliedsbeiträge werden dort direkt vom Lohn abgezogen und von der Grubenverwaltung in die Gewerkschaftskasse gezahlt. In der Hartkohlenregion ist das nicht der Fall und die Union ist dort schwach; seit dem letzten Streik sind sogar viele Mitglieder abgefallen. Alle Bemühungen, neue Mitglieder zu gewinnen, haben wenig Erfolg, trotzdem man das frühere Beitrittsgeld von 10 Dollar auf 2 Dollar herabsetzte. Darum verlangt der Verband die Anerkennung der Union mit dieser Garantie, daß nur Unionleute angestellt werden. — Es wird nicht leicht sein, die Forderung durchzusetzen.

Partei-Angelegenheiten.

Ein Langohr hatte der „Frankfurter Zeitung" berichtet, ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter aus Württemberg habe es als einen Fehler bezeichnet, daß kein Sozialdemokrat an der Kolonial-Massauerei bei Herrn Wörmann teilgenommen habe. Von der „Schwäbischen Tagwacht" aufgefordert, nannte die „Frankfurter Zeitung" darauf den Genossen Hildenbrand als den, der im Privatgespräche mit einem demokratischen Landtagsabgeordneten diese Aeußerung getan habe. Hildenbrand gibt darauf eine öffentliche Erklärung ab, daß es ihm natürlich garnicht eingefallen sei, die Nichtteilnahme sozialdemokratischer Abgeordneter an der Wörmann-Fahrt als Fehler zu bezeichnen, daß er diese ganze Reise auf Kosten der Kolonialinteressenten entschieden verurteilt habe, daß er es aber als nützlich bezeichnet habe, wenn Reichstagsabgeordnete, auch sozialdemokratische, Gelegenheit nehmen könnten, die Verhältnisse in den Kolonien kennen zu lernen. Das ist natürlich etwas ganz anderes, als was sich die „Frankfurter Zeitung" hat berichten lassen. Auch die „Bremer Bürgerzeitung" dürfte sich von ihrem bleichen Schrecken nun wohl erholen.

Eine sozialistische Schule in Ungarn. Man schreibt der „Wiener Arbeiterztg." aus Budapest: Graf Erwin Batthyany, ein junger Aristokrat, von dem seit Jahren bekannt ist, daß er sich mit Vorliebe mit sozialwissenschaftlichen Studien befaßt, errichtet auf seinem Gute Vögele im Eisenburger Komitat auf eigene Kosten eine Volksschule für die Bauernkinder. Der Lehrplan der Schule, für deren Leitung Graf Batthyany den jungen, tüchtigen Pädagogen Genossen Tarczai gewonnen hat, soll nach sozialistischen Grundsätzen zusammengestellt sein. Die vorerst zweiklassige Schule wird im September eröffnet werden. Genosse Tarczai hat eine längere Studienreise nach Skandinavien unternommen, um sich in der dänischen und nordischen Bauernschule für sein Amt vorzubereiten.

Arbeiterbewegung.

Ein Korbmacherstreik ist in Fürstenberg an der Oder ausgebrochen. Die Einwohner des kleinen Ortes leben fast nur von der Anfertigung von Reisekörben. 75 Meister mit 180 Gesellen betreiben die Reisekorbindustrie. Der Lohn betrug bisher nach der den Leuten noch geläufigen Thalerrechnung pro Dutzend Körbe 11 Taler. Vor kurzem nun schlossen sich 15 Meister zu einer Vereinigung zusammen und beschlossen, den Lohn um 1 Taler pro Dutzend zu ermäßigen. Jeder verpflichtete sich bei 100 Mark Konventionalstrafe, den Beschluß durchzuführen. Der Versuch der Organisationsvertreter, Verhandlungen anzubahnen, scheiterte. Die Meistervereinigung lehnte kurz ab. Die Korbmacher, die fast sämtlich Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes sind, beschlossen nun den Streik. Am 1. September legten 49 Korbmacher die Arbeit nieder. Nur 3 Korbmacher setzten bei den organisierten Meistern die Arbeit fort. Daraufhin bewilligten 2 Meister wieder den alten Lohn. Bei ihnen wurde am Sonnabend die Arbeit wieder aufgenommen. Die Meister, die durch den Streik betroffen sind, haben beschlossen, die Ausständigen nur dann wieder einzustellen, wenn sie aus der Organisation austreten. Eine Anzahl Korbmacher hat Fürstenberg bereits verlassen.

Der Ausstand der Berliner Kürschner ist, nach der „Neuen Pelzwarenztg.", am Sonnabend beendet worden. Die Arbeiterorganisation hat die vom Arbeitgeberverband am 25. August festgesetzten Arbeitsbedingungen, wonach in der Hauptsache der alte Vertrag bis zum 1. Juli 1908 weiter bestehen bleibt, angenommen.

Der Maurerstreik in Zittau und Umgegend ist nach einer Dauer von 15 Wochen jetzt beendet worden, nachdem die Bauunternehmer einen Stundenlohn von 33 Pf. bewilligt hatten.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 5. September 1905.

Massenschwimmunterricht städtischer Volksschüler.

Der neue Schwimmverein Breslau gegründet 1889, hat im Sommer d. J. seine Tätigkeit hauptsächlich auf die Ausbildung von Schülern der städtischen Volksschulen im Schwimmen gerichtet. Welche Erfolge bei seiner Massenausbildung aufzuweisen hat, zeigte er kürzlich in einer Vorführung vor den hierzu eingeladenen Schulmännern. Die „Schles. Ztg." berichtet darüber u. A.:

617 Schüler waren ihm in diesem Sommer von der Schulbehörde zur unentgeltlichen Ausbildung überwiesen worden; von diesen haben 588 schwimmen gelernt und 471 sich bereits freigeschwommen, während von den meisten übrig bleibenden die Freiprobe noch in den nächsten Tagen bevorsteht. Eine solche große Anzahl von Schwimmschülern läßt sich nach der hergebrachten Methode des Einzelunterrichts in der kurzen Sommerbadezeit nicht ausbilden. Seine Massenerfolge konnte der Verein nur durch seine vor einigen Jahren von ihm zum ersten Male hier im Hallenschwimmbade vorgeführte und seitdem von ihm angewandte und bewährte Methode des Massenunterrichts erreichen, die es ermöglicht, in derselben Zeit, in der sonst ein Schüler an der Angel hängt, gleichzeitig einer ganzen Abteilung die Schwimmtempos beizubringen. Um seine Methode, die eine Umwälzung des ganzen Schwimmunterrichts bedeutet und geeignet ist, das Schwimmen viel allgemeiner zu machen, als es bisher sein konnte, in großem Maßstabe zur Anwendung bringen zu können, hat der Verein die Steikowski'sche Badeanstalt an der Salzstraße erworben. Das kleine Bassin für Nichtschwimmer ist mit den Apparaten, an denen 12 Knaben zugleich üben können, ausgestattet. Ehe sie aber ins Wasser kommen, wird ihnen Gelegenheit gegeben, auf Holzböcken und in Gurten liegend, die Schwimmtempi zu lernen. Angekleidet legt sich eine Abteilung auf die Böcke und nach Kommando führen sie gleichzeitig die Bewegungen aus. Diese Uebungen auf dem Lande werden nur mäßig betrieben, damit der Druck der Gurte auf Brust und Magen nicht schädlich wird. Sind die Schwimmbewegungen ungefähr begriffen, so beginnen die Uebungen im Wasser. Jeder hat seinen Gurt um, der auf dem Rücken in eine Kette endet. 12 Knaben begeben sich gleichzeitig ins Wasser, stellen sich unter den 4 über das Bassin gespannten, je mit 3 festen Haken, versehenen Eisenstangen auf, haken sich auf Kommando mit der vom Rücken ausgehenden Kette an die Eisenstange ein und hängen nun im Wasser in Schwimmlage. Nach Kommando, genau so wie bei den Freiübungen in der Turnstunde, werden nun die Bewegungen auf der Stelle ausgeführt. Der nächste Schritt sind dieselben Uebungen mit Fortbewegung von der Stelle. Zu diesem Zwecke sind über das Bassin zwei Drahtseile gespannt. Jeder Knabe erhält einen Haken, der, mit einer Rolle versehen, auf dem Seile entlang laufen kann, und hakt sich ein. Während er vorher durch den festen Haken auf der Stelle festgehalten wurde, kommt er jetzt mit den beweglichen Haken, sobald er die Schwimmtempi ausführt, vorwärts. So übt wieder die ganze Abteilung gleichzeitig und durchschwimmt das Bassin von einem bis zum andern Ende und dann wieder zurück. Je besser die Knaben sich über Wasser halten können, desto länger lassen sie die Kette hängen. Nach diesen Uebungen kommt das freie Schwimmen im

tiefen Wasser, wobei zur Sicherheit noch jeder eine luftdicht verschlossene Blechbüchse, die imstande ist, einen Erwachsenen über Wasser zu halten, sich auf den Rücken schnallt. Der Schwimmschüler hat jetzt eine erweiterte Bewegungsfreiheit; er kann nach allen Seiten schwimmen, während er vorher nur geradeaus in der Richtung des Drahtseiles, an dem er hing, vorwärts kommen konnte. Dann fällt auch die Blechbüchse fort, und die Knaben haben nun noch freischwimmend so lange die Uebungen fortzusetzen, bis sie 20 Minuten lang hintereinander schwimmen können, um die Freiprobe zu bestehen. Bei der Vorführung trat die Masse der Freischwimmer an, um die Erfolge, welche der Lehrgang an ihnen gehabt hat, zu zeigen. Sie durchschwammen das Bassin, führten Kopfsprünge aus und kletterten über einen quer im Bassin schwimmenden Balken, einige auch über einen Kahn. Einer der kleinen Schwimmer sprang sogar in Sachen vom Turm und tummelte sich so im Wasser.

Das weitere Ziel „die Einführung des obligatorischen Schwimmunterrichts in den Schulen" ist noch nicht erreicht. So lange man nur auf Einzelunterricht angewiesen war, verbot sich der obligatorische Schwimmunterricht für die Schule von selbst. Mit den hier angewendeten Apparaten für Massenausbildung ist der Schwimmunterricht aber auch als Lehrgegenstand der Schule genau so wie das Turnen denkbar. Am Schluß der Vorführungen könnte den Schülern auch noch die freudige Mitteilung gemacht werden, daß ihnen auch im Winter zwei Mal wöchentlich Gelegenheit zum Schwimmen im Hallenschwimmbade gegeben werden soll.

---

* **Der Austritt der Metallarbeiter aus dem Breslauer Gewerkschaftskartell** veranlaßt eine Reihe von Parteiblättern zu mehr oder minderscharfen Bemerkungen. Der „Vorwärts" schrieb:

Einen bedauerlichen Schritt tat die Zahlstelle der Metallarbeiter in Breslau. Sie trat sowohl aus dem Gewerkschaftskartell wie auch aus dem Arbeitersekretariat aus. Der „Grund" zu diesem Verhalten waren Grenzstreitigkeiten zwischen dem Verbande der Metallarbeiter und dem Verband der Fabrikarbeiter. Die Metallarbeiter stellten im Kartell den Antrag, die Fabrikarbeiter aus dem Kartell auszuschließen. Diesen Antrag lehnte das Kartell ab, weil, wie der Vorstand des Gewerkschaftskartells erklärt, nach einem seiner Zeit veröffentlichten Schreiben der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands es unzulässig sei, eine Gewerkschaft wegen Grenzstreitigkeiten aus dem Kartell auszuschließen.

Die „Sächs. Arbeiterzeitung" bemerkt dazu:

Solche Eigenbrödeleien, die auch in dieser und anderen Fragen in anderen Orten zu bemerken sind, entspringen einem bedauerlichen Kraftmeiertum, das besonders leicht numerisch starke Gewerkschaften überkommt und sie vergessen läßt, daß gemeinsames Zusammenwirken gerade in der jetzigen bewegten Zeit dem starken Unternehmertum gegenüber dringend vonnöten ist.

Wir sind in der Lage den Parteiblättern zu verraten, daß die Absonderung wahrscheinlich nicht für die Dauer sein wird, da aus Mitgliederkreisen der Antrag gestellt wird, den Anschluß an das Kartell wieder zu bewirken.

* **Metallarbeiter-Verband.** Die am Montag im Gewerkschaftshause abgehaltene Mitglieder-Versammlung, die bedeutend besser besucht war als die vorige, hatte folgende Tagesordnung: Vortrag des Kollegen Ostheimer-Görlitz: 1. Die Organisation der Metallindustriellen und die Taktik der Metallarbeiter, 2. Erhöhung des Lokalbeitrages und 3. Bewilligung von Mitteln zum Bau des Gewerkschaftshauses. Kollege Schütz stellte den Geschäftsordnungsantrag, den ersten Punkt als letzten zu behandeln. Der Antrag wurde angenommen. Es wurden sonach erst die Anträge beraten. Haback erklärte im Namen der Ortsverwaltung, daß diese noch auf demselben Standpunkt stehe, für das neue Projekt 2000 Mark zu bewilligen in der Voraussetzung, daß auf je 500 Mark ein Vertreter beziehungsweise eine Stimme in der Baukommission komme und die Vertreter von der Organisation gewählt werden. Der Antrag Schütz lautete auf Bewilligung von 8000 Mk. innerhalb 3 Jahre. Schütz hält den Antrag aufrecht und wünscht, daß zur Deckung dieser Summe der Lokalbeitrag von 5 auf 10 Pf. pro Woche erhöht wird. Die Debatte zu diesem Punkt war eine außerordentlich rege, es beteiligten sich daran folgende Kollegen, einige darunter wiederholt: Rößler, Schütz, Kawalla, Haback, Wende, Winkler, Pischel, Günther, Franke, Linke, Seidel, Philipp, Wuttke, Listel, Böhm, Wiesig, Wegehaupt und Schlegel. Im ganzen wurden 11 Anträge gestellt: Erhöhung des Lokalbeitrags, Extrabeitrag von 10 Pf. pro Monat, halbjähriger Extrabeitrag von 55 Pf. bis zum Betrage von 2.75 Mk. usw. Die Anträge auf die Höhe der zu bewilligenden Summe waren 2000, 5000, 6000 und 8000 Mk. — Schlegel erörterte, daß er zwar im Prinzip für die Erhöhung des Lokalfonds sei, in gegenwärtiger Zeit aber im Interesse einer gedeihlichen Entwickelung der Organisation sich dagegen erklären müsse und den Kollegen dringend rate, die Erhöhung abzulehnen. Er beantragte dagegen, zum Bau des Gewerkschaftshauses den Betrag von 3000 Mk. zu bewilligen und zur Deckung nur einen Extrabeitrag von 25 Pf. zu erheben. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Die heutige Versammlung beschließt, vorläufig einen einmaligen Zuschuß von 3000 Mk. zum Bau des Gewerkschaftshauses zu zahlen und zur teilweisen Deckung dieses Betrages einen einmaligen Extrabeitrag von 25 Pf. zu erheben unter der Voraussetzung, daß auf je 500 Mk. ein Vertreter in der Baugenossenschaft Sitz und Stimme hat."

Ueber jeden Antrag wurde abgestimmt, nur der Schlegelsche Antrag fand die Mehrheit. Er wurde fast einstimmig angenommen. Wegen der vorgerückten Zeit mußte der angesetzte Vortrag des Kollegen Ostheimer leider unterbleiben.

Im Verlaufe der Versammlung wurden, was wir nicht unbemerkt lassen können, Vorwürfe gegen die „Volkswacht" erhoben. Kawalla beschwerte sich, daß die „Volkswacht" die boykottierten Lokale durch Aufnahme von Annoncen empfehle. (Es wird Kawalla wohl nicht unbekannt sein, daß er als Vorsitzender der Zentralkrankenkasse der Metallarbeiter selbst im boykottierten „Kronprinzen" Feste veranstaltet. Red.) Franke tadelte, daß die Berichte nicht einwandsfrei seien, er habe nicht gesagt: 22 Gewerkschaften hätten zum Gewerkschaftshausbau noch keine Stellung genommen, sondern er habe gesagt: 22 Gewerkschaften haben zwar Beiträge gezeichnet, „aber noch nichts bezahlt". Dieser einzige Punkt veranlaßt den Genossen Franke, von entstellten Berichten zu sprechen. Genosse Schütz widerlegte die beiden Protestler. Die „Volkswacht" habe noch nie boykottierte Lokale empfohlen, sondern alle Lokale, die den Arbeitern zu Versammlungen zur Verfügung stehen, wiederholt veröffentlicht, nur haben die Arbeiter sich nicht danach gerichtet und was die Ausführungen Frankes anbelangt, so habe er, Schütz, dieselbe Auffassung gehabt wie der Berichterstatter, jedenfalls war seine Bemerkung über die Gewerkschaften so, daß ein jeder die Auffassung, wie sie die „Volkwacht" brachte, haben konnte. Ganz deutlich waren die Ausführungen nicht gewesen, von entstellten Berichten könne nicht die Rede sein. Wenn in einer Versammlung 30—40 Redner sprechen, wobei es nicht immer ruhig zugeht, dann aber soll der Berichterstatter ganz genau feststellen, wer das eine oder andere gesprochen hat. Wenn er nur ein Wort ändert, aber im Sinne nach dasselbe bringt, dann wird bald von entstellenden Berichten gesprochen. Eine Handlungsweise, die nicht genug zu verurteilen ist, denn sie schädigt unbedingt die Arbeiterpresse. In einer Versammlung kann nicht festgestellt werden, ob das, was gesagt wird, wirklich den Tatsachen entspricht.

* **Der Schneiderverband** hielt gestern im Gewerkschaftshause eine Mitgliederversammlung ab. Man beschäftigte sich mit der unlauteren Reklame, die in der Bekleidungsbranche getrieben wird und zwar in Inseraten, wie auch durch Reklamezettel auf den Straßen. Das Referat hat Kollege Seifert übernommen. Er führte aus, es müsse als Schwindel bezeichnet werden, wenn „Maßanzüge" für 17.50 Mk. oder 18 Mk. angeboten werden, oder wenn man versprecht einen Anzug „nach Maß" für 9 bis 10 Mk. und dergleichen unterbieten. Wenn es immer nur die Konfektionsgeschäfte, die direkt unreelle Manipulationen als Anwendung brachten, so sieht man sich einige Zeit, daß auch eine ganze Anzahl von Schneidern selbst zu dem Mittel der unlauteren Reklame gegriffen haben. Es müsse hierzu einmal Stellung genommen werden. Seitens der Innung sind einige dieser „Firmen" bereits wegen unlauteren Wettbewerbs hier angezeigt worden. Sie wurden auch bestraft, aber genützt hat dies nichts. Man müsse die Allgemeinheit der Konsumenten für die Angelegenheit interessieren, wobei in Hauptsache die Arbeiter in Betracht kommen. Angeregt ist die Frage, ob solche Inserate auch in der „Volkswacht" aufgenommen werden dürfen. Zur Zeit sind sie auch hier bereits aufgetaucht und sei es besser, wenn diese Inserate fortblieben. Den diesbezüglichen Bestrebungen wandte ein Vertreter der „Volkswacht"-Expedition bei. In der Diskussion waren alle Redner darin einig, daß gegen diesen Reklamerummel Stellung genommen werden müsse. Bezüglich der „Volkswacht" aber was man der Ansicht, es habe keinen Zweck, die Ausschaltung der Inserate zu fordern. Es bliebe den Leuten dann immer noch die ganze bürgerliche Presse, insbesondere der „General-Anzeiger", auf die man keinen Einfluß habe, ferner das Verteilen von Reklamezetteln. Ohne sich selbst etwas zu nützen, würde man zunächst nur die „Volkswacht", nicht aber die betreffenden Händler usw. schädigen, wenn man verlange, daß die Inserate wegbleiben. Das beste Mittel gegen die unlautere Reklame sei die Organisation der Arbeiter und die Einführung von festen Lohntarifen. Daneben würde es sicher von Nutzen sein, in den Versammlungen der anderen Gewerkschaften die Sache zur Sprache zu bringen und die betreffenden Arbeiter zu warnen, auf solche Inserate hineinzufallen. Dabei sollen sich auch die betreffenden Arbeiter dahin informieren, daß sie ihre Frauen und Töchter, die Konfektion arbeiten, dem Schneiderverbande anmelden, wie es ihre Pflicht sei. Die Verwaltung des Metallarbeiterverbandes hat sich hierzu bereits zustimmend geäußert. Hierauf wendete man sich anderen Fragen zu. Infolge der Aussperrung der Schneider, die im vorigen Frühjahr an etwa 60 Orten stattfand, hat der Vorstand eine Extrakleiner ausgeschrieben, und zwar haben die männlichen Mitglieder in den Monaten September bis Dezember und März bis Juni einen Extrabeitrag von 50 Pfg. pro Monat, zusammen also vier Mark, zu entrichten. Von der Notwendigkeit, die Kasse zu füllen, dürften wohl die Kollegen vollzählig überzeugt sein, umsomehr, als man ja auch in Breslau bald in die Lage kommen wird, die Mittel des Verbandes in Anspruch zu nehmen.

* **Dachstuhlbrand.** Montag Abend um 8½ Uhr wurde die Feuerwehr nach Kurze Gasse Nr. 60, Ecke Posnerstraße, gerufen, wo im Vorderhause ein Teil der nach der Posnerstraße zu gelegenen Dachkonstruktion, die Bodenverschläge und der Inhalt der Bodenkammern brannte. Das Feuer soll durch fahrlässiges Umgehen mit Licht entstanden sein. Die Feuerwehr hatte nur dreiviertel Stunden zu tun.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

* **Achtung, Bauarbeiter.** Am Montag, den 4. d. M. wurden die Vertreter des Bauhilfsarbeiter-Verbandes bei Herrn Mauermeister Th. Serwotka betreffs der Lohnerhöhung vorstellig. Nach einer 1½ stündigen Verhandlung erklärte dann Herr Maurermeister Serwotka die Lohnzulage von drei Pfennigen erst vom Sonnabend, d. 6. d. M. zu bewilligen. Nachdem am selbigen Abend sämtliche bei der Firma beschäftigten Kollegen zusammenkamen, beschlossen dieselben, sich damit einverstanden zu erklären. Die Lokalverwaltung.

Aus Schlesien und Posen.

Der Weberstreik in Reichenbach.

Wir berichteten bereits über die bevorstehende Arbeitsniederlegung bei der Firma Cohn Gebrüder in Reichenbach, die notwendig werden würde, weil die Behandlung der Arbeiter und die anhaltenden Maßregelungen den Abwehrstreik notwendig machten. Eine am 31. August tagende Webervversammlung, an welcher der Zentralvorsitzende des Textilarbeiter-Verbandes, Hübsch-Berlin, und der Gauleiter Fritsch teilnahmen, faßte folgenden Beschluß:

„Die heute am 31. August in Müllers Saal tagende, fast von der gesamten Arbeiterschaft der Firma Cohn Gebrüder besuchte Versammlung erklärt, daß sie die in letzter Zeit ohne ersichtlichen Grund erfolgte Entlassung von Arbeitern als Maßregelung betrachtet. Die Versammlung beschließt, falls in nächster Zeit wieder solche Entlassungen vorgenommen werden, sofort die Arbeit niederzulegen, um solchen Maßregelungen vorzubeugen. Die Arbeiterschaft erwartet, daß die Regelung des Lohntarifs bestimmt im Laufe des Monats September fertig wird und daß die von Arbeitern gewählte Kommission zu den Verhandlungen zugezogen wird. Gegen die in letzter Zeit so schroff gehandhabte Fabrikordnung erhebt die Versammlung flammendsten Protest und erwartet bestimmt Remedur."

Nach dieser Versammlung ließen die Inhaber der Fabrik Cohn Gebr. die Aufseher und Meister in das Kontor kommen. Hier wurde ihnen erklärt, daß sie jetzt human zu den Arbeitern sein sollten, aber die letzten Tage im September sollten sie den Leuten bei jeder Kleinigkeit kündigen, denn zum Kampfe komme es so wie so. Die Schikane ließ zwar etwas nach, aber doch kamen noch genug Uebergriffe vor. Noch immer fuhren Aufseher Arbeiter und Arbeiterinnen grob ab, sodaß manche Arbeiterin weinte ob solcher Behandlung. Die Erbitterung war aufs höchste gestiegen.

Noch einmal hielten die Arbeiter eine Versammlung am Sonntag, den 8. September, ab. Noch einmal wurden alle die Vorgänge in der Fabrik besprochen. Es wurde festgestellt, daß Cohn den Kampf wolle, da sein Lohntarif für die Arbeiter unannehmbar sei, denn er scheut sich, ihn herauszugeben. Daß er den Tarif erst zum 1. Oktober einführen wolle, laufe nur auf eine Verschleppung hinaus. Aus den Ausführungen der einzelnen Redner war zu entnehmen, daß hier ein „Bremsen" unmöglich war.

Kollege Fritsch erläuterte die Situation und führte den Anwesenden vor Augen, daß es voraussichtlich ein schwerer Kampf werde. Er hoffe aber, daß die Begeisterung, die augenblicklich und schon seit Monaten unter der Arbeiterschaft zu verzeichnen sei, anhalte, was zum guten Gelingen des Kampfes beitragen werde. Cohn sage, daß er Herr in seiner Fabrik sein müsse, aber heute sei nicht er, sondern die Aufseher „Herren der Fabrik". Sie haben Cohns Wort, jetzt human zu sein, nicht ausgeführt. Cohn trage aber selbst Schuld, daß es soweit gekommen, denn wenn sich ein Arbeiter beschwerte, wurde der Aufseher nicht rektifiziert, da die Aufseher „höhere Menschen" seien. Alles in allem stehe es so, daß der Kampf unvermeidlich sei. Ein Aufseher stieß einen Kollegen in die Seite und herrschte ihn an: „Dort ist der Stuhl!" Ein anderer zog die Kollegen, die einen Augenblick beim Holen von Einschlag stehen blieben, am Kragen mit den Worten: „Weg hier! Dorthin!" Schlimmer solle es im Buchsweg auch nicht sein. Daher kam die Erbitterung. Die Aufseher brauchten bloß noch einen Stab und die Gendarmen wären fertig.

Nach diesen Erörterungen wurde der sofortige Streik mit allen gegen 8 Stimmen beschlossen. Die gewählte Streikkommission und der Gauleiter Fritsch werden sofort neue Verhandlungen eröffnen. Ausständig wären den 400 Webern und Weberinnen am Montag bereits 350, die übrigen dürften sich heute anschließen. Zuzug ist fernzuhalten.

Liegnitz, 1. September. **Die Fleischnot und ihre Ursachen.** In einer öffentlichen Volksversammlung, die am Mittwoch im Gewerkschaftshause tagte, legte Genosse Reichstagsabgeordneter Peus in zweistündigem, formvollendetem Vortrag die Ursachen der Fleischteuerung dar. Der geräumige Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt, besonders waren viele Frauen zugegen. Genosse Peus stützte mit einem so glänzend ausgewählten statistischen Material den im Grunde herrschenden Aufständen zu Leibe, er legte den Zuhörern dar, unter welchen ökonomischen Vorbedingungen sich die Versorgung des Volkes mit einem der wichtigsten Nahrungsmittel vollzieht. Interessen an hohen Fleischpreisen habe nur die in Preußen-Deutschland herrschende Agrarerklärung, die die ihnen in die Hand gegebene politische Macht rücksichtslos zum ihren Interessen dienstbar mache. Diese Korn- und Fleischwucherern die Macht zu entreißen, das ist das einzige Mittel, um derartige Krisen, wie sie jetzt in Gestalt der Fleischnot über uns hereingebrochen sei, vom Volke fernzuhalten. Alle Mittel, die dazu dienten, die Gewinnung der politischen Macht vorzubereiten, als da sind eine feste, zielbewußte politische Organisation, die Unterstützung der Parteipresse, ferner gewerkschaftlicher und wirtschaftlicher Zusammenschluß der Massen usw., müssen energisch angewendet werden. — Wieder an der Hand statistischen Materials wies Genosse Peus nach, daß in Liegnitz auf allen diesen Gebieten noch viel Arbeit zu leisten sei und forderte die Anwesenden auf, rastlos und energisch tätig zu sein, um das Ziel, die Erringung politischer Macht, vorbereiten und mitschaffen zu helfen. — Hoffentlich sind die Ermahnungen des Redners auf guten Boden gefallen, denn es wird hohe Zeit, daß es in Liegnitz besser werde. — Nicht unerwähnt soll bleiben, daß die öffentlich zu der Versammlung geladenen Fleischermeister es vorgezogen haben, durch Abwesenheit zu glänzen, wenigstens meldete sich trotz wiederholter Aufforderung keiner von ihnen zum Worte.

Bromberg, 2. September. **Kartellsitzung.** In der am 1. d. M. tagenden Sitzung des Gewerkschaftskartells wurde zunächst der Kassenbericht vom 2. Quartal 1905 verlesen. Die Einnahme — inklusive Bestand vom 1. Quartal 1905 — beträgt 587 Mk., dem gegenüber steht eine Ausgabe von 190.64 Mk., bleibt mithin ein Kassenbestand von 446.86 Mk. Alsdann berichtete der Delegierte der Holzarbeiter über den Verlauf der Lohnbewegung der Tischler, die bereits erfolgreich beendigt ist. Anschließend hieran berichtete der Delegierte der Metallarbeiter über den Verlauf des Klempnerstreiks, der wegen des Verrats der „Nichtarbeitervereine" — Hirsche und Christliche — aufgehoben werden mußte. (Ein eingehender Bericht über den Verlauf bezw. über die Beendigung des Streiks kann aus taktischen Gründen noch nicht gebracht werden. D. B.) In einer lebhaften Debatte, die sich an die Ausführungen des Delegierten der Metallarbeiter knüpfte, bezeichneten sämtliche Redner auf das schärfste den Arbeiterverrat der Hirsche und der Christlichen. Unter „Verschiedenes" wurden sodann die Delegierten der Baubranchen ersucht, die Agitation unter den auf Bauten beschäftigten Arbeitern, die bis dato noch keine eigene Verwaltung am Orte haben, intensiver zu betreiben. Nicht erschienen waren die Delegierten der Bauhilfsarbeiter, Buchbinder, Maler und Steinsetzer I.

Neueste Nachrichten.

Die Cholera.

Die Erkrankungen an Cholera nehmen, nach der „Vossischen Zeitung" im Netzegebiet bedenklich zu. Aus dem Kreise Wirsitz sind zwölf verdächtige Fälle gemeldet worden, von denen in Nakel fünf amtlich als asiatische Cholera festgestellt wurden.

Die Ueberwachungsstation Köpenick, welche die Verschleppung der Cholera auf dem Wasserwege von der Oder um die Warthe nach Berlin verhindern soll, ist gestern eröffnet worden. In Berlin sind zwei Isolierbaracken im Krankenhaus Moabit bereit gestellt.

Unruhen in Rußland.

Als am Sonnabend Abend zu den Waffen einberufene Reservisten in Libau zum Bahnhof marschierten, stürzte eine große Volksmenge auf die Mannschaften, welche die Reservisten geleiteten, und forderte die Reservisten auf, sich der Beförderung zu widerlegen. Als Kosaken gegen die Menge vorgingen, und sie auseinandertrieben, wurde ein Dragoner-Offizier durch einen Steinwurf verletzt. Aus einem nahen Hause wurden Schüsse gegen die Truppen abgegeben. Die Kosaken erwiderten das Feuer und stürmten schließlich das Haus. Acht Personen wurden verwundet, davon ist eine inzwischen gestorben. Ein Polizeibeamter wurde getötet, ein Soldat verwundet, 122 Personen wurden verhaftet. Die Ordnung in der Stadt ist wieder hergestellt. Die Fabriken sind in Tätigkeit.

In Kischinow sollte eine arme Frau namens Leia Perlmann beerdigt werden. Eine große Volksmenge, bestehend aus Juden und russischen Arbeitern, gab der Toten das Geleit. Plötzlich ertönten Schüsse und es erschienen Polizeibeamte und Dragoner mit blanker Waffe. Der Leichnam wurde auf die Straße geworfen, dann aber von der Menge fortgeschafft. Zahlreiche Personen wurden durch Stock- und Säbelhiebe, sowie durch Schießwaffen verwundet. Den Zeitungsberichterstattern wurde von der Polizei der Zutritt verwehrt. Polizeibeamte schafften die Verwundeten ins Krankenhaus. Dem Publikum wurde nicht gestattet, die Verwundeten zu geleiten. Das jüdische Krankenhaus wurde von Truppen umzingelt. Fünfzig Personen wurden verhaftet. Die Menge zerstreute sich in großer Eile. Am Polizeigebäude und am jüdischen Hospital stehen die Angehörigen und Freunde der Verhafteten und Verwundeten, um das Schicksal derselben zu erfahren. Die Hauptpunkte der Stadt sind von Patrouillen besetzt. Ueber die Gesamtzahl der Verwundeten liegen noch keine Mitteilungen vor.

Das „Berl. Tagebl." berichtet aus Moskau: Die Mitglieder des „Verbandes der Verbände" versammelten sich zu einem Kongreß. Der Generalgouverneur erbat telephonisch aus Petersburg von Trepow Verhaltungsmaßregeln. Trepow verfügte die sofortige Schließung des Kongresses, die Verhinderung jeder Zusammenkunft der Mitglieder und die Verhaftung einzelner Mitglieder.

Meteorologische Beobachtungen der Königlichen Universitäts-Sternwarte.

4. u. 5. Sept.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morg. 7 Uhr.
Luftwärme (C.)	+ 16,8	+ 18,4	+ 11,8
Luftdruck bei 0° (mm)	749,1	749,5	752,[illegible]
Dunstdruck (mm)	7,8	7,5	8,[illegible]
Dunstsättigung (pCt.)	57	65	80
Wind (0—12)	NW 3	NW 3	NW 3
Wetter	bewölkt.	heiter.	[illegible]

Aus aller Welt.

Beim Zusammenstoß zweier Lokomotiven auf dem Bahnhof von Suhl in Thüringen wurde der Lokomotivführer Gieselbach getötet und ein Heizer schwer verletzt. Beide Lokomotiven rasten, nach einer Meldung des „Leipz. Tagbl.“ in die Häuser hinein und richteten großen Schaden an. Das Unglück entstand durch falsche Freigabe beider Gleise durch einen Stationsbeamten.

Ein verräterischer Strumpf ist für den Artisten Richard Grosch, der wegen schweren Diebstahls vor der Ferienstrafkammer des Landgerichts I zu Berlin stand, zum Verhängnis geworden. Der Angeklagte ist schon elfmal vorbestraft. Als am 16. Juni Nachts der in der Linkstraße 12 wohnende Räucherwarenhändler Riese von einem Ausgange heimkehrte, nahm er zu seiner Ueberraschung wahr, daß ein Einbrecher die kurze Zwischenzeit benutzt hatte, um ihm einen unliebsamen Besuch abzustatten. Ein Kellerfenster, welches nach dem Hofe hinausging, war eingedrückt, der Einbrecher war durch dasselbe eingestiegen, hatte die Ladenkasse erbrochen und den Inhalt gestohlen und in der an den Laden grenzenden Wohnung waren verschiedene Behältnisse erbrochen und durchwühlt. Zu den gestohlenen Sachen gehörte auch ein Anzug und Lackstiefel des Bestohlenen; an deren Stelle hatte der Einbrecher seinen eigenen Anzug und einen Strumpf zurückgelassen, der eine ganz eigenartige Farbenzusammenstellung zeigte. Dieser Strumpf veranlaßte den Bestohlenen zum Nachdenken. Er erinnerte sich, daß er vor noch nicht langer Zeit einen solchen auffälligen Strumpf an dem Fuß eines Mannes gesehen hatte, den er eines Abends als Hausdiener in einem in der Nähe belegenen Schanklokal angetroffen hatte. Er eilte alsbald dorthin, um weitere Recherchen anzustellen und war nicht wenig erstaunt, als er dort den Angeklagten antraf, der den ihm gestohlenen Anzug nebst Lackstiefeln trug. Er sorgte natürlich für dessen sofortige Festnahme. Es stellte sich heraus, daß der Angeklagte in derselben Nacht, bevor er bei Riese seinen Besuch abstattete, auch in der Werkstatt des in demselben Hause vorhandenen Tapezierers Wagner eingebrochen war, ohne dort etwas zu finden, was er des Mitnehmens für wert erachtete. Der Angeklagte war in vollem Umfange geständig. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn 2½ Jahre Zuchthaus, der Gerichtshof erkannte auf eine Gefängnisstrafe in gleicher Höhe.

Grausames Geschick. Russische Blätter berichten über das furchtbare Geschick, das einem russischen Soldaten widerfahren ist. Schon im Mannesalter stehend, war er ausgehoben worden, einer der fürsten Bauern aus einem Dorfe in der Nähe von Odessa. In der Schlacht bei Mukden wurde er so schwer verwundet, daß ihm beide Beine und Arme abgenommen werden mußten. Der Mann überstand die Operation und, sobald er überführungsfähig war, wurde er in die Heimat geschafft. In einer Art Kasten brachte man den Unglücklichen in sein Dorf. Hier aber verweigerte seine Frau die Aufnahme. Sie zeigte beim Anblick des Krüppels nicht den geringsten Schmerz und erklärte kalt: „Den kenne ich nicht, das ist nicht mein Mann.“ Der Aermste brach in ein förmliches Wimmern aus und beschwor seine Frau, ihn doch nicht zu verleugnen und sich seiner zu erbarmen. Das Weib aber blieb hartherzig dabei: „Ich kenne ihn nicht.“ Auch von den Bauern des Dorfes wollte sich niemand seiner annehmen, so daß man mit ihm abfahren und ihn vorläufig in ein Krankenhaus unterbringen mußte. Auch in andern russischen Dörfern soll es vorgekommen sein, daß die Gemeinde die Aufnahme von Invaliden verweigerte, von denen sie fürchtete, daß sie ihr zur Last fallen könnten.

Ein Gorilla in London. Der „Ff. Ztg.“ wird aus London berichtet: Der Tierhändler J. Hamlyn ist aus den Wäldern Südwestafrikas mit einer großen Anzahl interessanter Tiere zurückgekehrt. In der Sammlung befinden sich 17 Schimpansen und ein Gorilla — der einzige, der sich gegenwärtig in Europa befindet. Dieser weibliche Gorilla ist der größte seiner Art, den der Londoner Zoologische Garten jemals besessen hat. Er ist 5 Fuß 6 Zoll groß und hat einen Brustumfang von 42 Zoll. Das Haar, das Gesicht und die Augen sind kohlschwarz. Das Tier ist im allgemeinen sehr scheu, hat aber von Zeit zu Zeit Wutausbrüche. Es ist vom Zoologischen Garten angekauft worden.

Riesenbrand in Adrianopel. Aus Konstantinopel wird gemeldet: In der Vorstadt von Adrianopel, Kalafener, ist vorgestern ein Brand ausgebrochen, welchem ungefähr 1200 Häuser zum Opfer fielen, darunter die katholische Auferstehungspfarrkirche, sowie andere Kirchen und Schulen. Die Opfer des Brandunglücks sind größtenteils arme Griechen, Armenier und Israeliten, darunter auch Oesterreicher und Ungarn. Die Lokalbehörden haben die erste Hilfsaktion eingeleitet; der Sultan hat das weitere angeordnet.

Hochflut in Schanghai. Wie die „Frankfurter Ztg.“ aus Schanghai vom 2. d. Mts. meldet, hat die Stadt durch eine infolge eines Wirbelsturmes hervorgerufene Hochflut Freitag Nacht großen Schaden erlitten. Die Straßen und Lagerhäuser am Hafen sind überschwemmt, zahlreiche Dschunken versunken und viele Chinesen ertrunken.

Heringsfischerei. In der jetzigen Zeit der Fleischteuerung muß in den ärmeren Haushalten vielfach der Hering das Fleisch ersetzen. Leider sind auch die Heringspreise beträchtlich gestiegen, und weitere Erhöhungen stehen allem Anschein nach bevor. Die Preise haben sich seit dem Herbst vorigen Jahres um 30 bis 40 Prozent erhöht, so daß trotz der geringeren Fangergebnisse im laufenden Jahre die Heringsfischereien gute Geschäfte machen. Nach den Berichten der Emder Heringsfischerei-Aktiengesellschaft hat deren Flotte mit 35 Schiffen im Jahre 1904 12,642 Kantjes gleich 10,416 Tonnen von der ersten Reise angebracht, in diesem Jahre aber 9608 Kantjes gleich 7910 Tonnen, so daß jetzt 2506 Tonnen auf der ersten Reise weniger gefangen sind. Ganz anders stellt sich aber, wie die „Köln. Ztg.“ meldet, das geldliche Ergebnis. Im Jahre 1904 betrug der Preis zu derselben Zeit wie jetzt 27 Mk. die Tonne, 1905 37 Mk. Mithin war der Ertrag 1904 für 10,416 Tonnen zu 27 Mk. gleich 281,232 Mk. und 1905 für 7910 Tonnen zu 37 Mk. gleich 292,670 Mark; es ergab sich also eine Mehreinnahme für 1905 von 11,438 Mark. Dieser Mehrertrag erhöht sich aber weiter um die gesparten Ausgaben. Die Ausgaben betrugen 1904 für 10,416 Tonnen Heringe an die Mannschaft mit 2.16 Mk. für die Tonne gleich 22,498 Mk., zusammen 74,578 Mk. Im Jahre 1905 erforderten für 7910 Tonnen Heringe 7910 leere Tonnen 39,550 Mk. und die Tonnengelder an die Mannschaft 17,876 Mk., zusammen 57,426 Mk. Es sind also 1905 auch an Unkosten gespart worden 17,152 Mk., so daß sich der Unterschied zugünstlich des Mehrerlöses von 11,438 Mk. zusammen auf 28,590 Mk. zu Gunsten dieses Jahres stellt.

Litteratur.

Brockhaus' Kleines Konversations-Lexikon soll in fünfter, völlig neu bearbeiteter Auflage am 15. Oktober in Heften zu erscheinen beginnen. Die Wahl des Ausgabetages, an dem die Firma gerade 100 Jahre besteht, läßt erwarten, daß das zweibändige Werk dem Verleger zur Ehre gereicht und daher so schön und zweckmäßig ist, daß es jedem Deutschen eine Freude sein wird, den „Kleinen Brockhaus“ zu erwerben.

Quittung.

Für das kämpfende russische Proletariat gingen bei der Redaktion der „Volkswacht“ ferner ein:

Ges. durch Mierzwa	1.90	Mk.
Die Lederarbeiter in Parchwitz	5.—	„
Ges. auf Liste 146 in der Kipke-Brauerei (Distr. 8)	18.05	„
„ „ „ 147 durch Schellmann (Distr. 5)	4.85	„
„ „ „ 149 „ Wallasch (Distr. 8)	2.45	„
Bereits quittiert	1929.87	„
Summa	1969.12	Mk.

Briefkasten.

W. R. Solange Sie nur Angelegenheiten Ihres Vereins unter „Allgemeine Radlerfragen“ besprechen, brauchen Sie die Anwesenheit des Polizisten nicht zu dulden. Fordern Sie ihn bei nächster Gelegenheit auf, sich zu entfernen. Wenn er nicht geht, schließen Sie die Versammlung und erheben Beschwerde gegen ihn bei der Polizeiverwaltung oder dem Amtsvorsteher. Nächste Beschwerde-Instanz ist der Landrat.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.

Arbeiter-Sekretariat Breslau.
Messergasse 18/19.
Sprechstd. v. 11—1 u. 5½—7½ Uhr (außer Sonnabend Nachmittag).
Kassierer Karl Fläschel, Grünstraße 14/16.

Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 5. September:

Holzarbeiter. Abends 8 Uhr: Versammlung im großen Saale.

Verband der Steinarbeiter. Abends 7½ Uhr: Mitgliederversammlung im Zimmer 1.

Verein der Breslauer Fassadenputzer. Abends 8 Uhr. Zimmer Nr. 1.

Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Abends 8 Uhr. Bezirksführer-Zusammenkunft im Billardzimmer.

Mittwoch, den 6. September:

Zimmerer-Verband, Zahlstelle Breslau. Abends 8 Uhr. Mitglieder-Versammlung im großen Saale.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau“. Jeden Mittwoch: Vereinsabend. Aufnahme neuer Mitglieder.

Donnerstag, den 7. September:

Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Abends 8 Uhr. Mitglieder-Versammlung im großen Saale.

Tapezierer-Verband. Abends 8 Uhr. Mitglieder-Versammlung und Vortrag. Zimmer Nr. 3 u. 4.

Freitag, den 8. September:

Arbeiter-Abstinenten-Bund. Abends 8 Uhr: Versammlung im Zimmer 5.

Sonnabend, den 9. September:

Zimmerer-Verband, Zahlstelle Breslau. 22. Stiftungsfest im großen Saale.

Sonntag, den 10. September:

Steinsetzer. Nachmittags 3 Uhr im Zimmer 1: Mitglieder-Versammlung.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt I (Gräbschener Vorstadt).

Bezirk 2. Dienstag, den 5. September, Abends 8½ Uhr: Zusammenkunft. Zahlabend.

Distrikt III (Ober-Vorstadt).

Sonntag, den 10. September, früh 7 Uhr: „Volkswacht“-Agitation. Treffpunkt im Distriktslokal.

Bezirke 34 und 43. Sonnabend, den 9. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend im Bezirkslokal.

Distrikt IV (Sand-Vorstadt).

Mittwoch, den 6. September, Abends 8 Uhr, im Lokal von E. Banke, Weinstraße: Zusammenkunft der Distriktsmitglieder. Umtausch der Bibliotheksbücher. Die Mitglieder des Bezirks 56 sind hauptsächlich eingeladen betreffs Teilung des Bezirks und Neuwahl von Bezirksführern.

Distrikt V (Scheitnig).

Dienstag, den 5. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Distrikt X (Pöpelwitz-Neukirch-Lissa.)

Bezirk 24. Dienstag, den 5. September, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im früheren alten Lokal.

Bezirk 28. Zusammenkunft der Mitglieder im bekannten Lokal, Mittwoch, den 6. September, Abends 8½ Uhr.

Distrikt II und X (Nikolaitor und Pöpelwitz)

Die Bezirksführer werden ersucht, die Listen vom Familien-Ausflug Donnerstag, den 7. d. M., Abends 8 Uhr, im Distriktslokal abzurechnen.

Der Ausflug der Genossen des II. und X. Distrikts mit Familie findet Sonntag, den 10. September, statt. Treffpunkt Vormittag 7 Uhr, Westpark, Abmarsch 7½ Uhr. Bei ungünstiger Witterung acht Tage später.

Liegnitz. **Volksverein.** Donnerstag, den 7. September, Abends 8 Uhr: Versammlung. Tagesordnung daselbst. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Striegau. Große öffentliche Versammlung in der Bierquelle Donnerstag, den 7. September, Abends 8 Uhr. Tagesordnung: Die Sozialdemokratie im Volke und im Reichstage. Referent: Reichstagsabgeordneter Peus-Dessau.
Der Vertrauensmann.

Tillendorf. **Wahlverein Bunzlau-Lüben.** Donnerstag, den 7. September, Abends 8 Uhr, in der „Stadt Bunzlau“: Versammlung. Bericht von der Wahlkreis-Konferenz. Vereinsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Bunzlau. Rezitationsabend vom Schauspieler Herrn Emil Walkotte-Berlin in den „3 Kronen“ Montag, den 11. September, Abends 8 Uhr: „Nachtasyl“ (Szenen aus der Tiefe) von dem russischen Dichter Maxim Gorki. Eintritt für Organisierte 15 Pfg., für Unorganisierte 30 Pfg. — Kindern unter 14 Jahren Eintritt nicht gestattet. Billetts für Organisierte im Vorverkauf bei den Delegierten. Die Delegierten werden ersucht, die Billetts beim Kassierer, Genossen Karl Geisler, Rothlacherstraße 61, sofort abzuholen. Zu diesem Abend ladet die hiesige Arbeiterschaft ein
Der Vorstand des Gewerkschaftskartells.

Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik: „Breslauer Nachrichten“ und die Inserate: Franz Klühs; — für die Rubrik: „Aus Schlesien und Posen“: i. V. Franz Klühs; für den gesamten übrigen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der „Neuen Welt“: Paul Löbe. Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von Oskar Schütz; — Druck von Th. Schatzky G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. — Ausgabeort: Breslau.
Hierzu 1 Beilage.

Lobe-Theater.
Dienstag:
„Wann wir altern.“
„Angele.“
Mittwoch:
„Geographie und Liebe.“
Donnerstag:
„Wann wir altern.“
„Angele.“

SCALA Nikolaistrasse 27.
Täglich im Saale:
Original Budapester.
Heut 2 Possen:
Ein Schmock
oder: Die Leichenverbrennung.
Aron Gansl
auf Brautschau,
dazu Spezialitäten.
Anfang präzise 8 Uhr.

Striegau. Arbeiter-Turnverein.
Sonnabend, den 9. September cr.: 2269
1. Stiftungsfest in der „Bierquelle“
bestehend in Theater, Turnerischen Aufführungen und **Ball.**
Anfang Abends 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Es ladet freundlichst ein Der Vorstand.

Eltern und Vormünder!
Gebet Euren Kindern und Schutzbefohlenen einen
Schatz
fürs ganze Leben
und lasset sie zu
tüchtigen Buchhaltern, Kontoristen, Korrespondenten
heranbilden in
Heinrich Barber's ältester Handels-Lehranstalt
Breslau, Graupenstraße 12. 2248

Liebich's Etablissement
Telephon 1646
Ernest Thorn, Illusionist.
Luft-Ballet **Grigolatis.**
Riogoku! die unvergleichlichen
„Japaner“.
Willi Prager etc. etc.
Anfang 7½ Uhr.

Louisen-Bad
Friedrichstraße 72.
Kur- und Wannen-Bäder
Badesalze und Zusätze
peinlichste Sauberkeit
geöffn. v. morg. 7 bis 9 Uhr abds.
Jeden Mittwoch
Volksbäder
à 35 Pf. [2084
Der Besitzer.

Vegetarische Gesellschaft.
Mittwoch, den 6. September, abends 8½ Uhr
in der „Pomona“, Albrechtsstraße 44/45 2268
Oeffentlicher Vortrag
des Herrn Lehrer **Karl Bohne** aus **München:**
Der Vegetarismus — Deutschlands Zukunft.
Eintritt frei! Gäste willkommen.

„Der wahre Jakob“.
Sozialdemokratisches Witzblatt.
Durch die Expedition und Kolporteure zu beziehen.

Victoria-Theater
(Simmenauer Garten).
12 Attraktionen 12
unter anderem:
Capt. Rudolf's Wunder-Elefanten. 2263
Zons wochentags gültig.
Anfang 7½ Uhr.

Ausstattungs-Möbel
kaufen Sie a. billigsten u. reellsten bei Schreiter, Vincenzstr. 24. 2184

Die Volksschule wie sie ist
von Otto Rühle
Preis 30 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition und Kolporteure.

Original-Phönix-Nähmaschinen 2054
für Gewerbe u. Hausbedarf sind die besten der Gegenwart, zum Kunststicken besonders geeignet. — Außerdem empfehlen wir alle anderen Systeme, auch in Spezialmaschinen.
Jul. Dressler & Co.
Auswärts franko Bahnstation.
Breslau, Ring 6.
Größte Reparatur-Werkstatt für alle Systeme.

Neu erschienen! **Neu erschienen!**
Von den im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“ unter dem zusammenfassenden Titel „Kulturbilder“ herausgegebenen wichtigen Abschnitten aus der Kulturgeschichte beginnt soeben der zweite Band zu erscheinen.
Dieser Band behandelt:
Die Hohenzollern-Legende
von Max Maurenbrecher.
Jeder Band unserer Kulturbilder ist für sich abgeschlossen, so daß der Bezug dieses Werkes nicht das Abonnement auf die folgenden Bände notwendig macht.
Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht.“
50 Lief. à 20 Pfg. Wöchentlich 1 Heft.

Das Arbeiter-Recht
von **Arthur Stadthagen.**
Der Preis für das gebundene Werk ist 7 Mk., dasselbe ist auch in 28 Heften à 20 Pfg. zu beziehen.
Erhältlich durch die Expedition und Kolporteure.

Die Gleichheit
(Frauenzeitung.)
Alle 14 Tage erscheinend, Heft 10 Pfennige.

Beilage zu Nr. 207 der „Volkswacht“.

Mittwoch, den 6. September 1905.

Zum Parteitag in Jena

werden vom „Vorwärts“ die eingegangenen Anträge (108 an der Zahl) und Resolutionen (12) publiziert. Allein 50 Anträge beziehen sich auf die Schaffung eines neuen Organisationsstatuts.

Die Frankfurter Parteigenossen beantragen zur Geschäftsordnung: „In seiner Eröffnungssitzung wählt der Parteitag eine Kommission zur Umarbeitung des Organisationsentwurfes, bei welcher die zur Organisationsfrage gestellten Anträge als Material zu benutzen sind.“ Anträge zur Tagesordnung wollen eine Vermehrung derselben um: „Die Alkoholfrage“, „Der gegenwärtige Stand der Sozialgesetzgebung in Deutschland“, „Jugendorganisation“ „Partei und Genossenschaft“, „Die Krankenkassenfrage“, „Weltpolitische Zustände und Proletariat“, „Die reaktionären Anschläge gegen die Arbeiterschaft in der Krankenversicherung“, „Die Wandlungen der Weltpolitik und die Stellung der Sozialdemokratie“, „Die auswärtige Politik der deutschen Reichsregierung unter spezieller Berücksichtigung der Rechte des Volkes“, „Die Arbeiterversicherung in Deutschland“. Auch für die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages, um den sich lediglich Mannheim bewirbt, werden Vorschläge gemacht, z. B. von Breslau, das die Debattierung der Frage Sozialdemokratie und Strafrechtsreform verlangt. — Die Anträge zur Maifeier gehen allesamt auf größere Arbeitsruhe.

Zur parlamentarischen Tätigkeit wird beantragt: „Die Reichstagsfraktion hat in einer geschlossenen Sitzung Auskunft zu geben über die Beteiligung an den parlamentarischen Arbeiten und Abstimmungen im Reichstage seitens unserer Abgeordneten.“ — „Die Reichstagsfraktion möge dahin wirken, daß in absehbarer Zeit im Reichstage der Punkt 6 unseres Programms (Trennung des Staates von der Kirche) zur Verhandlung kommt.“ — „Der Parteitag beauftragt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion aufzufordern, im Reichstag energisch die Herabsetzung der Altersgrenze vom 70. auf das 65. Lebensjahr im Altersversicherungs-Gesetz zu verlangen.“ — „In voller Würdigung der bisher von der Reichstagsfraktion für eine Reform des Militärstrafwesens entwickelten Tätigkeit ersucht der Parteitag die Fraktion, der Frage auch künftig besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und für eine Reform des militärischen Strafvollzuges zu wirken.“ — „In Anbetracht der überaus langen, jeder Kontrolle entbehrenden Arbeitszeit der ungelernten Arbeiter, besonders der Handelshilfsarbeiter, sowie überhaupt aller Transport- und Verkehrsarbeiter, wolle der Parteitag die Reichstagsfraktion ersuchen, bei Zusammentritt des Reichstages einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen die tägliche Arbeitszeit der obengenannten Berufe auf höchstens 10 Stunden festgesetzt und die Sonntagsarbeit so weit als möglich eingeschränkt wird.“

Zum Punkt Presse, der sich auch auf die Broschüren, „Neue Welt“, Maizeitung und Flugblätter bezieht, werden die besten Anregungen gegeben. Wir heben hervor: „Der Parteitag ersucht den Parteivorstand, Schritte zu tun zur Gründung eines „Zentralorgans der internationalen Sozialdemokratie“. Dasselbe soll zunächst in englischer, französischer und deutscher Sprache abgefaßt sein und mindestens einmal jeden Monat erscheinen.“ — „Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, Maßregeln zu treffen, durch welche die Herausgabe und der Vertrieb der Parteischriften einheitlich geregelt wird.“ — Alljährlich sind im Frühjahr Flugblätter aufklärenden Inhalts an diejenigen jungen Leute zu verteilen, deren Einziehung zum Militär in demselben Jahre stattfinden soll. Besonders die Militärgerichtsurteile und Soldatenmißhandlungen sind in diesen Flugblättern zu berücksichtigen.“ — „Den Parteivorstand zu beauftragen, baldmöglichst ein Flugblatt für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands herauszugeben, in welchem auf die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion für die Forderungen der Gewerkschaften hingewiesen wird. Dieses Flugblatt ist den in Betracht kommenden Gewerkschaftsblättern als einmalige Beilage zur Verfügung zu stellen.“

Unter „Sonstige Anträge“ finden wir: „Der Parteitag anerkennt ausdrücklich das Recht der Gewerkschaften, durch von ihnen dazu bestimmte Vertreter gemeinsam mit den Vertretern der Partei resp. der Fraktion in allen die Interessen der Gewerkschaften wie der Partei in gleichem Maße berührenden Fragen zusammenzuwirken und diesbezügliche Resolutionen für den Parteitag und den Gewerkschaftskongreß sowie Gesetzesvorschläge usw. für den Reichstag vorzubereiten und zu beschließen. Die praktische Durchführung dieses Beschlusses wird dem Parteivorstande und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands überwiesen.“ — Gegen die Diskussionen von der Art der „Leipziger Volkszeitung“ und das Literatengezänk wenden sich mehrere Anträge.

Aus der Gesamtheit der Anträge sieht eine Unsumme von Arbeitskraft und Arbeitseifer hervor; das heiße Bestreben, die richtigen Mittel und Wege zur inneren Geschlossenheit und Aktionsfähigkeit zu weisen, durchzieht alle Wünsche.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 5. September.

Das Gärtnerleben.

Die neu gegründete Verwaltungsstelle des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins hielt am Sonnabend im Gewerkschaftshause eine öffentliche Versammlung ab, in der der Vereinsvorsitzende, Kollege Albrecht-Berlin über: „Was für Aufgaben haben in den heutigen Zeiten die Gärtnergehilfen und Herrschafts-Gärtner?“ sprach. In gemeinverständlicher Weise verbreitete sich Redner über die Lage der Angestellten in dem schönen, aber nichtsdestoweniger beneidenswerten Gärtnerberufe, in welchem die Lohn- und Arbeitsbedingungen noch gar sehr im argen liegen. Die Arbeitszeit ist eine sehr lange und hängt ganz von der Willkür des Arbeitgebers ab, und die Bezahlung entspricht in keiner Weise den Leistungen. Einen großen Uebelstand bildet auch die Sonntagsarbeit, über welche der Referent sich im besonderen aussprach. Auch der Kost- und Logiszwang spiele im Gärtnergewerbe eine Rolle, alle Gärtner bis auf die Landschaftsgärtner, sind darin eingeschlossen. Die Gärtnergehilfen wie die Herrschaftsgärtner haben alle Ursache, sich zu vereinigen, um bessere Existenzbedingungen zu erzielen. Seitdem die Organisation in dem Berufe eingesetzt, sind den Mitgliedern mannigfache, zum Teil erhebliche Vorteile zuteil geworden. Allerdings nur in den Orten, wo die Kollegen zu der Erkenntnis der Notwendigkeit des Zusammenschlusses gekommen sind. Redner berechnete den Gewinn, den der Verein den Kollegen in einigen Städten, Berlin, Leipzig, Düsseldorf, Dresden 2c. geschaffen hat, um zu zeigen, wie reiche Zinsen die in der Organisation angelegten Beiträge sind.

Der Referent widmete sodann der Frage nach den gesetzlichen Vorschriften bezüglich der in Gärtnereibetrieben Beschäftigten ein besonderes Kapitel. Er führte aus, daß die Gärtnergehilfen noch große Schwierigkeiten haben, als gewerbliche Arbeiter im Sinne der Gewerbeordnung anerkannt zu werden, noch viele Gewerbegerichte betrachteten sie als landwirtschaftliche Arbeiter, die der Gewerbeordnung nicht unterstehen. Da die Rechtsverhältnisse der Gärtner in keiner Weise geordnet sind, so gelten für sie in der Regel die Vorschriften bezüglich die äußere Heilighaltung der Sonn- und Festtage, das bedeutet so viel, daß die meisten Gärtner überhaupt keine Sonntagsruhe genießen, denn diese Bestimmungen betreffen nur Arbeiten während der Kirchzeit, und da die Beschäftigung eines Gärtners zudem keine geräuschvolle ist, treffen auch diese nicht einmal zu, und so könne der Gärtnereibesitzer seine Leute des Sonntags arbeiten lassen, so lange es ihm beliebt. Nur soweit gewerbliche Arbeiter in Frage kommen, gewährleistet die Gewerbeordnung den Gärtnern unzureichenden Schutz. Noch nie sei es vorgekommen, daß ein staatlich angestellter Gewerbeinspektor einen gewerblichen Gärtnereibetrieb, als welcher doch eine Kunst- oder Handelsgärtnerei angesehen werden müßte, kontrolliert hätte. Noch nie hat man irgendwo in einem Jahresbericht eines Gewerbeinspektors irgend etwas von einer Revision der gewerblichen Gärtnereibetriebe gelesen. Wegen Uebertretung der Vorschriften der Sonntagsruhe ist auch noch nie ein Gärtnereigewerbetreibender bestraft worden. Die Gewerbeinspektoren haben bisher eine Kontrollierung nicht vorgenommen, weil sie über die Rechtslage nicht unterrichtet waren. Es müsse unbedingt dafür gesorgt werden, daß die einzelnen Gewerberäte über die Rechtsverhältnisse eingehend informiert werden. Durch Petitionieren an den Reichstag und Bundesrat haben die Gärtner nicht bald auf Erfolge zu rechnen, und so muß die Selbsthilfe einsetzen. Durch eine starke, gefestigte Organisation könne vieles bei den Unternehmern durchgesetzt werden. Die Herrschaftsgärtner zählen meistens unter das Gesinde, trotz ihrer kunstgewerblichen Beschäftigung genießen sie nicht die Achtung, die ihnen zukomme, sie werden den Dienstknechten und Mägden gleich geachtet. Nur durch den Anschluß an die Gehilfenvereinigung könne ihre Lage gehoben werden. Die Ausführungen hatten das Resultat, daß eine Anzahl Kollegen sich in den Verein sogleich aufnehmen ließ. Die gut besuchte Versammlung nahm zum Schluß eine Resolution an, in der alle Gärtner in Breslau und Umgegend in ihrem Interesse aufgefordert werden, sich dem Allgemeinen deutschen Gärtnergehilfenverein anzuschließen.

---

* **Sozialdemokratischer Verein.** In der gestrigen, sehr gut besuchten Distrikts- und Bezirksführer-Zusammenkunft stand die Frage der Mitgliederwerbung für den Verein im Vordergrunde der Diskussion. Nach lebhafter Debatte wurde beschlossen, nach Tagung des Parteitages bei den „Volkswacht“-Lesern eine umfangreiche Agitation für den Verein zu entfalten, wobei die Abonnentenlisten Dienste leisten sollen. Um diese Agitation zu erleichtern, sollen die Distrikte und Bezirke nach Möglichkeit geteilt werden und alle Parteigenossen dafür sorgen, daß in den Gewerkschaften selbst etwas mehr Agitation für die politische Organisation getrieben wird, da ja nach § 2 des Organisationsstatuts der Partei nur derjenige Parteigenosse ist, der einem sozialdemokratischen Verein angehört oder die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt. Betont wird, daß die „Volkswacht“ viel mehr als bisher darauf hinweisen soll, daß das Lesen der Parteipresse allein noch nicht genügt, um als wirklicher Parteigenosse zu gelten, sondern daß es Pflicht jedes Arbeiters sei, sich auch politisch zu organisieren.

Unter Verschiedenem wurde der Vorstand beauftragt, dahin zu wirken, daß bei Festen, Versammlungen 2c. mit Massenbesuch kurz vor Schluß dieser Veranstaltungen das große Tor des Gewerkschaftshausgartens geöffnet wird, um ein schnelleres Hinauskommen zu ermöglichen. Am Sonntag mußten die Genossen viele Minuten bei schlechtem Wetter im Hofe warten, ehe die Massen durch das enge Türchen auf die Straße gelangten.

* **Schillertheater zu Breslau.** Ueber die Einrichtung des Schillertheaters in Breslau, welches am 1. September 1906 eröffnet werden soll, gibt die Geschäftsführung jetzt genauere Einzelheiten bekannt. Aus denselben heben wir nachfolgendes hervor:

Die von den Baubehörden genehmigten Pläne weisen im Parkett 782, im ersten Rang 420, im zweiten Rang 450 und in den Logen 66 Sitzplätze auf. Danach ist das Theater mit seinen 1718 Plätzen das zweitgrößte in Deutschland. Einrichtung und Ausstattung müssen vertragsgemäß auf der Höhe derer des Berliner Lessing-Theaters und des Deutschen Volks-Theaters in Wien stehen. Die Bühne wird allen Erfordernissen moderner Theater-Technik entsprechen.

Rundgänge von sechs Meter Breite umschließen den Zuschauerraum. Ganz besondere Aufmerksamkeit ist den überaus geräumigen Kleiderablagen zugewandt worden.

Heizung, Lüftung und Beleuchtung sind nach den neuesten und erprobten Systemen vorgesehen.

Es wird in dem großen Hause keinen Sitzplatz geben, von dem aus man nicht das volle Bühnenbild zu übersehen vermöchte. Auch in Bezug auf die Akustik wird man die reichen Erfahrungen der bekanntesten Theaterbaumeister berücksichtigen.

Zu- und Abfahrt sind durch die Fürsorge der Behörden in einwandloser Weise gelöst. Von der Gartenstraße her führt die 18, resp. 20 Meter breite „Theaterstraße“ zum Hauptvestibül; nach der Friedrichstraße hin gibt es Auswege durch vier Stadtbahnbogen. Diesseits der Stadtbahn läuft eine neu zu erschließende, breite Straße, die in die Höfchenstraße einmündet.

So darf man hoffen, daß der Bau sich als eine in jeder Beziehung mustergiltige Anlage darstellen wird.

Die Choleraseuche

hat noch immer nicht ihren Höhepunkt erreicht. Es liegen folgende weitere Meldungen vor:

Die „Neuen Westpreußischen Mitteilungen“ melden: Bei dem früher erkrankt gemeldeten Schiffer in Treul wurde amtlich Cholera festgestellt. In Grabowko wurde eine aus Schulitz gekommene Schiffersfrau als choleraverdächtig erkrankt gemeldet, die, nachdem sie nach Kulm gebracht worden war, gestorben ist. Es ist dies der erste auf einem Kahn vorgekommene Erkrankungsfall. In Mocker bei Thorn ist ein vierzehnjähriges Mädchen als choleraverdächtig erkrankt gemeldet worden, außerdem werden zwei Fälle aus der Jakobvorstadt in Thorn gemeldet. — Im Krankenhaus in Kulm ist am Sonntag der sechs Jahre alte Knabe Siegismund Blasegiewicz, ein Sohn der am 28. August an Cholera verstorbenen Reifenmachersfrau, ebenfalls an Cholera gestorben.

Zwei im Graudenzer Krankenhause untergebrachte erkrankte Flößer werden wahrscheinlich in acht Tagen als gesund entlassen werden.

Der Regierung in Bromberg ist der „Ostdeutschen Presse“ zufolge der Flößer Sell im Josefinenkanal bei Nakel als cholerakrank gemeldet worden; als choleraverdächtig werden aufgeführt: Zwei Männer in Nakel, zwei Frauen von der Ueberwachungsstelle Netzdamm, ein Flößer in Stöwen im Kreise Kolmar, ein Arbeiter und eine Arbeitersfrau in Weißenhöhe, Arbeiter Lamprecht im Kreise Czarnikau und in den Ortschaften Briesendorf, Romanshof und Walkowitz je 1 Arbeiter. An **Cholera verstorben** sind Schiffer Zucker auf einem Netzekahn bei Wirsitz, in Bilawy 2 Kinder des Schiffers Albrecht bei Nakel. In Lubasch ist der für den 8. September geplante Ablaß wegen der Cholera aufgehoben.

In der Gemeinde Padew Naradowa in Galizien erkrankte ein Gendarm unter Choleraanzeichen. Insgesamt sind dort bisher sechs Personen an der Cholera erkrankt, von denen **drei gestorben** sind und einer genesen ist. An Cholerakranken bleiben in Padew zwei Personen, in Grodzisko ist eine Person in Behandlung.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgende Uebersicht über den Stand der Cholera in Preußen: Bis zum 3. September Mittags wurden in Preußen dreizehn neue Erkrankungen und drei Todesfälle, bis zum 4. September Mittags zehn weitere Erkrankungen und drei Todesfälle an Cholera amtlich gemeldet. **Die Gesamtzahl beträgt bis jetzt 66 Erkrankungen und 23 Todesfälle.**

Der Kultusminister hat die Herrichtung von Kantinen längs des Weichselstromes angeordnet. Aus diesen Kantinen sollen nur die Rottenführer der Flößer Lebensmittel und Getränke für die Flößer erhalten.

Wie die Agence Havas erfährt, ist der Generalinspekteur des Sanitätswesens Chantemesse in Paris beauftragt worden, eine Reihe besonderer Maßnahmen ins Werk zu setzen, welche in Ergänzung der bereits bestehenden Seuchenbekämpfungsvorschriften die Einschleppung der Cholera nach Frankreich zu verhüten bestimmt sind. Ferner sind strenge telegraphische Anweisungen an die Behörden der Grenzbezirke ergangen, welche die Vornahme von Desinfektionen, Gesundheitspässe und ähnliches betreffen. Diese Maßnahmen würden, wie der Agence Havas mitgeteilt wird, umsomehr von der Regierung als ausreichend erachtet, als die Seuche im Auslande anscheinend weniger ernsten Charakters sei, als man anfänglich angenommen hat.

Aus Warschau wird mitgeteilt, daß infolge der Schwierigkeiten, die seitens der preußischen Grenzbehörden beim Durchlassen russischer Flößer gemacht werden, in Warschau die Bauholzpreise stark niedergegangen sind. Hierdurch wird eine schwere Krisis im Holzhandel hervorgerufen.

Aus aller Welt.

Verlassene Kinder. In einem Walde in der Nähe von Colchester fand man sieben Kinder von dreizehn bis zu drei Jahren zusammengekauert unter einem alten Teppich schlafend. Die Kleinen waren fast ganz nackt und halb verhungert. Sie erzählten, daß ihre Eltern sie vor 14 Tagen in dem Walde verlassen hätten und daß sie seitdem von den Beeren des Waldes und anderen wilden Früchten ihr Leben fristeten. Einige der Kleinen waren so schwach, daß sie kaum zu gehen vermochten. Die Kinder waren bereits früher von Soldaten bei einer Felddienstübung gesehen worden, die Soldaten hatten jedoch von ihrem Funde keine Meldung gemacht, sondern sich darauf beschränkt, den Kleinen etwas Speise zu geben.

Ueber eine Familientragödie wird den „N. N.“ aus Rixdorf bei Berlin berichtet: Der Kaufmann Papendieck und dessen Frau haben sich in ihrer Wohnung, Wildenbruchstraße 61/62, am Kronleuchter erhängt. P. geriet allmählich immer mehr in Schulden, so daß er schließlich Konkurs anmelden mußte. Sorge und Gram haben dann in dem Ehepaar wohl den Plan reifen lassen, gemeinsam ihrem Leben ein Ziel zu setzen.

Ein junges Mädchen ermordet. Am Sonnabend Abend wurde in Hoch-Stüblau bei Danzig auf der Straße das beim Postamt zur Erlernung des Dienstes eingetretene Fräulein Helene Malewski tot aufgefunden. Sie hatte am Kopfe schwere, von einem Gewehrschusse herrührende Wunden. Der Verdacht der Täterschaft lenkte sich sofort auf den Postboten Kamischke, der mit der Toten ein Liebesverhältnis unterhalten haben soll. Kamischke, der verschwunden war, hat sich dem Amtsgericht in Pr.-Stargard gestellt. Er wird heute nach Hoch-Stüblau geschafft, damit er bei der Leichenschau zugegen ist.

Sieben Personen ertrunken. Bei schwerer See sank vor Boulogne sur Mer (Frankreich) ein zu einer Spazierfahrt gemietetes Segelboot, in dem sich vier Personen, ferner der Besitzer und seine zwei Söhne befanden. Sämtliche sieben Insassen sind ertrunken.

Von einem Elefanten erdrückt wurde der Wächter Francois Neff im Pariser „Jardin des Plantes“. Der Unglückliche wurde von dem aufgebrachten Tiere beim Eintritt in dessen Stall mit dem Rüssel gepackt und buchstäblich zermalmt. Es kostete unendliche Mühe, den Körper dem Elefanten durch Stangenstöße und Haken zu entreißen. Der Tod trat während der Ueberführung nach dem Krankenhause ein. Der Elefant, namens Said, galt allgemein als harmlos und man kann sich noch nicht die Gründe erklären, die das Tier in die ungewöhnliche Aufregung versetzt haben. Der unglückliche Neff hinterläßt eine Witwe und 8 unmündige Kinder.

Ein gestörtes Idyll. Im Juni d. J. wohnte in einem der vornehmsten Gasthöfe am Vierwaldstätter See ein junges Ehepaar aus Berlin, das sich als „Kaufmann Kaminsky nebst Gemahlin“ in das Fremdenbuch eintrug und anscheinend hier seine Flitterwochen verleben wollte. Eines Tages war das junge Ehepaar gerade im Begriff, mit einer größeren Gesellschaft einen Ausflug in die Berge zu unternehmen, da erschien ein Polizeibeamter und wies einen Befehl vor, nach welchem er beauftragt war, auf Ersuchen der deutschen Regierung den Kaufmann Kaminsky zu verhaften. Dieser wurde von seiner „jungen Frau“ getrennt und mußte nach Abschluß des Auslieferungsverfahrens die Reise nach Moabit antreten. Natürlich erregte die Verhaftung unter den Gästen großes Aufsehen. Dem Vorfall lag folgendes zu Grunde: Im Frühjahr lernte die 35jährige Tochter einer reichen Villenbesitzerin aus einem Vororte von Berlin den Kaufmann Kaminsky kennen. Nach kurzer Zeit fand ihre Verlobung mit K. und bald darauf die Hochzeit statt. Am folgenden Tage wurde dem jungen Gatten die recht stattliche Mitgift von der Schwiegermama eingehändigt. An demselben Tage wartete die junge Frau Abends vergeblich auf ihn. Er war verschwunden. Bald ermittelte die Polizei, daß er unter Mitnahme der gesamten Mitgift mit einer ehemaligen Freundin, einer Konfektionense, durchgebrannt war. Die so schwer betrogene Ehefrau erstattete Strafanzeige wegen Betruges und die Kriminalpolizei entdeckte den Durchgebrannten mit seiner Begleiterin in der Schweiz. Er wird sich demnächst vor Gericht zu verantworten haben.

Der Pachtzins beträgt pro Jahr 70,000 Mk. Es wird weiter nachzuweisen sein, daß eine nennenswerte Belastung des Etats hieraus nicht erwächst. Auch steht der Mietspreis im richtigen Verhältnis zu demjenigen anderer, ähnlicher Häuser. Er wird übrigens durch Unterpachten und Nebeneinnahmen gedeckt.

Schon der Name „Schiller-Theater" legt das Programm der Hauptsache nach fest. Den Grundstock des Spielplans wird unser reicher Besitz an klassischen Dichtungen aller Nationen bilden. Daneben sollen zunächst nur erprobte Werke bekannter Autoren in guten Aufführungen zur Darstellung kommen.

Um es aber einerseits an frischem Blute nicht fehlen zu lassen und andererseits auch die geistig regsamsten Kreise der Stadt für das Schiller-Theater zu gewinnen, plant die Geschäftsleitung für jeden zweiten Sonntag Mittags eine Neuaufführung. Was sich hierbei als des Erhaltens wert erweist, geht sofort in den Spielplan über.

Von den 1200 Plätzen im Parkett und im 1. Rang werden etwa 900 zum Preise von einer Mark abgegeben werden. Für Garderobe und Theatergetriebe erfolgt hier ein Aufschlag von 15 Pfg. pro Platz. 300 weitere Plätze werden, einschließlich des Aufschlages, je 1 Mk. 50 Pfg. und die Logenplätze ebenso je 2 Mk. kosten. Im 2. Range gibt es Sitzplätze bis herab zu 40 Pfg. einschließlich Garderobe und Zettel. Für Abonnementshefte, die Anweisungen für je sechs Vorstellungen enthalten, ist noch eine weitere, kleine Ermäßigung vorgesehen.

Es wird das Bestreben der Geschäftsleitung sein, in der Reihe solcher sechs Vorstellungen jede Wiederholung zu vermeiden.

Nachmittagsvorstellungen sollen in erster Reihe an Sonn- und Festtagen stattfinden. Die Preise der Plätze hierfür werden entsprechend niedriger sein.

Jährlich sollen 20 Nachmittagsvorstellungen für Schüler hiesiger Lehranstalten stattfinden, zu denen die sämtlichen Sitzplätze des Hauses den Schulbehörden frei zur Verfügung gestellt werden.

Nach einer detaillierten Aufstellung der finanziellen Grundlagen des Theaters teilt die Geschäftsführung mit, daß das Betriebskapital in der Höhe von 200,000 Mark durch Anteilscheine in der Höhe von 5000 und 1000 Mark gedeckt werden soll und ladet zur Beteiligung an der Zeichnung ein. Hoffentlich gelingt es, die erforderliche Summe bald in voller Höhe zusammenzubringen.

* **Stadt-Theater.** Die Ausgabe der Abonnements für die erste Hälfte der Spielzeit erfolgt täglich von 10 bis 2 Uhr in der Rendantur des Stadt-Theaters. Den Inhabern ganzer Abonnements bleiben ihre Plätze nur bis Donnerstag, den 7. September, reserviert.

* **Lobe-Theater.** Heute Dienstag findet eine Wiederholung von Oskar Blumenthals stimmungsvollem Lustspiel „Wann wir altern" und Hartlebens Komödie „Angele" statt. — Morgen Mittwoch geht Björnsons Lustspiel „Geographie und Liebe" in Szene. — Für Sonnabend, den 9. September, ist die erste Aufführung von Max Dreyers Schauspiel „Die Siebzehnjährigen" angesetzt.

* **Aus Verzweiflung?** Am 3. d. M. wurde eine 22 Jahre alte Fabrikarbeiterin, welche Kleine Groschengasse 26 gewohnt hat, wegen Kindesmordes (?) verhaftet. Sie unterhielt mit einem Werkmeister ein Verhältnis, welches nicht ohne Folgen blieb. Als das Mädchen nun am 28. v. M. einen Spaziergang nach Oswitz unternahm, merkte es kurz vor dem Dorfe das Herannahen ihrer schweren Stunde. Sie begab sich in das Gesträuch an der Oder und warf das Kind sofort in den Strom.

Es wird wohl erst der Feststellung bedürfen, ob es sich hier wirklich um „Kindesmord" handelt. In den meisten derartigen Fällen handeln die Mädchen nur aus Verzweiflung, wenn sie sich ihres neugeborenen Kindes entledigen. Die bürgerliche Presse verschließt sich aber nach wie vor dieser ganz natürlichen Auffassung.

* **Unfälle.** Ein Bureaudiener wurde auf der Poststraße durch einen Tischlermeister mit seinem Motorrad umgefahren und erlitt eine leichte Verletzung am linken Arm. — In der Nacht zum 3. d. M. wurde auf dem Wachtplatz ein Handelsmann in schwerkrankem Zustande aufgefunden und dem Allerheiligenhospital zugeführt. — Am 2. d. M. kam ein sieben Jahre alter Knabe in dem Hause Berlinerstraße 24 zu Fall und brach den linken Arm. Der Knabe wurde dem Allerheiligenhospital zugeführt. — Am 2. d. M., Vormittags 8, wurde auf der Kaiser Wilhelm-Straße ein Pferd scheu und raste mit dem Wagen in eine Schaufensterscheibe. — Ferner wurde durch ein scheugewordenes Gespann auf der Gartenstraße ein Baum umgerissen.

* **Wem gehören die 200 Mark?** Ein Handwerker erhielt vor einiger Zeit in einem Nachtcafé von einem Kneipgenossen 200 Mk., welche er erst am andern Tage in seiner Tasche gewahrte. Da der Handwerksmann sich auf die Person seines Begleiters nicht mehr besinnen konnte, lieferte er das Geld an die Polizei ab. Alle seitens der Polizei nach dem Eigentümer des Geldes angestellten Ermittelungen waren bisher erfolglos.

* **Diebstähle.** Einer Wirtschafterin von der Berliner Chaussee wurden Betten, Tischdecken, Bettbezüge, Unterröcke und Beinkleider, M. B. gezeichnet, einem Bureaudiener auf der Augustastraße ein Fahrrad, Cleveland 45, einem Techniker in einem Tanzlokal in Morgenau ein Portemonnaie mit 15 Mk., von der Ladenthür eines Schuhwarengeschäfts auf der Gartenstraße je ein Paar Herren- und Damengamaschen und ein Paar Segeltuchschuhe, aus einer Droschke ein graues Plaid, einem Schmiedemeister von der Gabitzstraße ein Handwagen gestohlen.

* **Verhaftet** wurde ein Schmiedegeselle, der in einer Herberge mehrere Kollegen bestohlen hatte. Ferner wurde ein Sattler verhaftet, der in einer Restauration einem Tischler das Portemonnaie mit 9 Mk. entwendet hatte.

* **Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 2. und 3. d. Mts. 50 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: eine goldene Brosche mit einem Opal und eine goldene Damenuhr. — Abhanden kamen: ein goldenes Kettenarmband, eine Granatbrosche, ein Rosenkranz und ein Portemonnaie mit 52.10 Mk.

Aus Schlesien und Posen.

Bunzlau-Lübener Wahlkreis-Konferenz.

Am Sonntag, den 3. September, Nachmittags 3 Uhr, fand im Gasthofe „Zur Hoffnung" eine Wahlkreis-Konferenz statt, an welcher Bunzlau, Tillendorf, Krauschen, Warthen, Tiefenfurt und Kotzenau durch zusammen 28 Delegierte vertreten waren.

Genosse Römer eröffnete die Konferenz und erstattete dann einen ausführlichen Bericht über seine Tätigkeit als Kreis-Vertrauensmann. Hierauf hielt Genosse Schebs einen Vortrag über: „Wie organisieren wir in Zukunft im hiesigen Wahlkreise." Redner empfahl, daß in allen Orten, wo es nicht möglich sei, Ortsgruppen des Wahlvereins zu gründen, das System der freiwilligen Beiträge durch Ausgabe von 10 Pfennig-Marken einzuführen sei. Die Hauptsache aber bilde die Zentralisation der Partei. Es sei ein Nonsens, in einem Wahlkreise mehrere selbständige Kreisvereine zu haben und legte Schebs der Versammlung ein von ihm ausgearbeitetes Regulativ vor, nach welchem die selbständigen Vereine Warthen und Tiefenfurt aufzulösen und in Ortsgruppen des Wahlvereins Bunzlau-Lüben umzuwandeln sind. Ferner enthielt dieses Regulativ alle Bestimmungen, wie der geschäftliche Verkehr der Ortsgruppen mit dem Hauptverein in Zukunft zu erfolgen hat. Redner ersuchte die Versammlung, dem beizustimmen. Es entspann sich nun eine lange und erregte Diskussion. Die Warthauer Genossen Hasse und Braun wollten von einer Auflösung absolut nichts wissen und brachten einen Antrag ein, der dahin ging, daß sogar der Wahlverein Bunzlau-Lüben aufgelöst werden und sich überall im Kreise selbständige Vereine bilden sollten. Nun mindestens sei es verfrüht (!), jetzt schon die Angelegenheit zu besprechen, da man nicht wisse, ob der Parteitag in Jena den § 7 des Organisationsstatuts annehmen wird. Schebs wendet sich scharf gegen die Warthauer und auch Tiefenfurter Genossen. Der Antrag Warthau sei einfach undiskutabel, wie könnten solche alte Parteigenossen, wie es die Warthauer sind, einer Dezentralisation das Wort sprechen. Er verstehe nicht, weshalb sich die beiden Orte so weigerten, denn der § 7 des neuen Statuts wird sicher angenommen werden und wolle man dies abwarten, so sei es nur eine Galgenfrist. Die Tiefenfurter seien sogar soweit gegangen, in einem in der „Görlitzer Volkszeitung" veröffentlichten Bericht uns zu beschuldigen, wir wollten sie aus dem Grunde einverleiben, weil wir ihr Geld haben wollten. Wir brauchen wahrlich nicht der Tiefenfurter Genossen ihr Geld, es wäre wirklich nicht übel, wenn sich Parteigenossen auf einen solchen Standpunkt stellten. Auch die Tiefenfurter Genossen hatten einen Antrag gestellt, die Angelegenheit zu vertagen. Da die Warthauer Genossen ihren Antrag zurückzogen, gelangte nur der Tiefenfurter zur Abstimmung. Derselbe wurde abgelehnt und das Regulativ des Genossen Schebs mit großer Majorität angenommen. Dasselbe tritt nach dem Jenaer Parteitag in Kraft. Vorläufig wurde als Kreisvertrauensmann Genosse Römer einstimmig wiedergewählt.

Zum nächsten Punkt: Anträge zum Parteitag wurde nach einem eingehenden Referat des Genossen Schebs folgender Antrag angenommen:

„Der § 8 des neuen Organisationsstatuts soll folgende Fassung erhalten: „Die Sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Landesorganisationen zusammen, denen die Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt. Diese letzteren dürfen nicht in Widerspruch mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei stehen."

Bei § 10 ist folgender Passus zu streichen: „Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden überlassen."

Ferner wies Schebs darauf hin, daß die Leipziger Parteijournalisten wieder das unabweisbare Bedürfnis hätten, auf dem Jenaer Parteitag vor aller Oeffentlichkeit schmutzige Wäsche zu waschen. Es wäre Pflicht der Parteigenossen, in allen Wahlkreisen dagegen Front zu machen und schlage er deshalb der Konferenz folgende Resolution vor:

„Die Wahlkreiskonferenz des Wahlkreises Bunzlau-Lüben wendet sich entschieden gegen das Bestreben der Mehring und Genossen, auch den Jenaer Parteitag zum Schauplatz eines widerlichen Literatengezänkes zu machen und so die praktische Arbeit zu verhindern. Die Konferenz gibt der Erwartung Ausdruck, daß der Parteitag auf das unzweideutigste gegen solche, unsere Sache nur schädigende Treibereien Stellung nehmen wird."

Diese Resolution wurde sympathisch begrüßt und einstimmig angenommen.

Genosse Römer teilte hierauf ein Schreiben des Genossen Stolpe mit, wonach letzterer seine Kandidatur für den Wahlkreis niederlege und als seinen Nachfolger den Genossen Schebs empfahl. Genosse Römer wollte darauf gleich zur Wahl des Genossen Schebs schreiten, da es nicht angängig sei, wenn der Kreis eine Zeitlang keinen Reichstagskandidaten habe.

Genosse Schebs bat die Versammlung aber, davon Abstand zu nehmen. Den meisten Delegierten käme diese Mandatsniederlegung Stolpes gewiß unerwartet und da es nicht heißen soll, Bunzlau majorisiere wieder die anderen Orte, so mögen die Delegierten erst mit den Genossen Rücksprache nehmen. Die Kandidatenfrage sei eine sehr wichtige Frage und bedürfe reiflicher Ueberlegung. Auch könnte er für seine Person heut noch keine definitive Antwort geben. Die Versammlung war damit einverstanden und so wurde die Angelegenheit verschoben.

Unter „Verschiedenem" wurden über die Agitation für die Partei und Presse den Delegierten Mitteilungen gemacht und mehrere interessante Sachen erledigt. Hierauf schloß Genosse Römer mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie die Konferenz. S.

Liegnitz, 4. September. Der Tod nach dem Offiziers-preisschießen. Am 1. d. Mts. Nachmittag hielten die Offiziere des hiesigen Regiments ein Preisschießen ab. Nach dessen Beendigung wurden die Gewehre von den Mannschaften nach Hause getragen. Eines der Gewehre war durch ein Versehen nicht entladen, unterwegs ging der Schuß los und verletzte einen Mann schwer, der andere wurde sofort getötet.

Nachträglich wird gemeldet, daß auch das zweite Opfer der bedauerlichen Katastrophe, der Grenadier Ludwig (5. Komp.), am Sonnabend Nachmittag im hiesigen Garnison-Lazarett gestorben ist, nachdem ihm sein Leidensgenosse, Grenadier Adolf, in den frühen Morgenstunden bereits im Tode vorangegangen war. Die Angehörigen des Ludwig, die in Jägendorf, Kreis Jauer, wohnen, hatten den Sohn noch Abends im Lazarett sprechen können. Er diente im ersten Jahre, während Adolf, der aus Mittel-Schreiberhau, Kr. Hirschberg, stammte und am Sonntag seinen 23. Geburtstag hätte feiern können, in diesem Jahre zur Reserve entlassen werden sollte. Er war von Beruf Glasarbeiter und aus Agnetendorf, Kr. Hirschberg, gebürtig, während Ludwig von Beruf Landarbeiter und in Peterwitz, Kreis Jauer, geboren war. Am Sonntag wurden die beiden Leichen eingesargt und am Dienstag Vormittag wird die Beerdigung vom hiesigen Garnisonlazarett aus stattfinden. Wie man hört, ist von dem bedauerlichen Unglücksfalle auch alsbald eine Meldung seitens des hiesigen Regiments-Kommandos an den Kaiser abgegangen. Ob und inwieweit den beteiligten Offizieren eine Schuld beizumessen ist, wird hoffentlich eine strenge Untersuchung ergeben.

Liegnitz, 4. September. Ohne Gefängnis gehts nun einmal nicht. Wegen Beleidigung war der 31 Jahre alte Maurer Gustav Karsch vor dem hiesigen Schöffengerichte angeklagt. Am 6. Juli, zur Zeit des Maurerstreiks forderte er August Jensch auf, sich am Abend in der „Hinterbleiche" den Vortrag eines sozialdemokratischen Redners anzuhören. Jensch lehnte mit dem Bemerken ab, daß er keine Lust dazu habe und auch nicht zu den Organisierten gehöre. Da alles Zureden nichts half, sagte Karsch zu J.: „Du Lump, leck mich am A . . ." J. fühlte sich beleidigt und stellte Strafantrag. Der Angeklagte erklärte, er würde sich durch eine solche Aeußerung nicht beleidigt fühlen, denn solche Redensarten seien „unter Leuten seines Standes üblich" und kein Kollege würde Anstoß daran nehmen. Das Schöffengericht verurteilte ihn zu zehn Tagen Gefängnis und Publikationsbefugnis, da die Beleidigung eine öffentliche war.

— Vom Gurkensegen schreibt das „L. Tgbl.": „Die ungeheuren Erträge der diesjährigen Gurkenernte in unserer Gegend wollen anscheinend kein Ende nehmen. Das Angebot war auch an den letzten Tagen noch so übermäßig stark, daß der Absatz immer schwieriger wurde. Den Besitzern von Gurkenländereien beginnt dieser reiche Segen nachgerade Verdruß (!) zu bereiten. Ganze Wagenladungen, die man auf den Markt gebracht, bleiben oft mangels genügender Nachfrage unverkäuflich. Nicht einmal zum Verschenken (!) der Gurken, wie es vor einigen Tagen ein Gutsbesitzer getan, findet sich immer gleich ein Publikum vor. Einigen Großhändlern, die mehr Gurken aufgekauft, als sie abzusetzen vermochten, ist dieses Geschäft sogar sehr zum Schaden ausgeschlagen. Ganze zweispännige Fuhren sind in den Höfen wieder aufgeladen und vor die Stadt auf irgend einen Abladeplatz für Abraum befördert worden. Dies ist z. B. hinter unserem Simultankirchhofe in der Nähe des Bahnhofes, dem sogenannten Totenweg geschehen, wo zur Zeit große Mengen solcher Gurken liegen. Da sich anscheinend noch viele gute Gurken darunter befinden, suchen sich dort einfindende Personen die besten noch zu verwertenden Früchte heraus. Auch in der Nähe des Kohlfurter Bahnhofes kann man einen derartigen Gurkenabladeplatz erblicken. Auf dem Lande hat man hier und da zu den Maßregeln gegriffen, die Gurken an das Vieh — das dieses Futter jedoch recht schnell „satt" bekommt — zu verfüttern, oder wieder auf das Feld zu fahren, wo sie zur Gründüngung verwandt werden. Auch auf die Düngerstätten sind Unmengen von Gurken geworfen worden. Unwillkürlich drängt es sich ins Bewußtsein, daß es manchmal doch recht merkwürdig im Haushalt der Natur zugeht, namentlich wenn man einen Rückblick aufs Vorjahr wirft, in dem bekanntlich die Gurken recht hoch im Preise, 6 bis 7 Mark pro Schock, standen."

Glogau, 4. September. Held Pückelers Schwergen. Nach zweijähriger Pause hatte Graf Pückler für Sonntag, den 3. September wieder ein Reiterfest geplant, zu welchem die Besitzer der Umgegend durch Inserate wie durch besondere Schreiben eingeladen waren. An Zuschauern waren wieder einige tausend Personen zu Fuß, zu Wagen, mit dem Rade und der Bahn in dem wenig einladenden Dörfchen Klein-Tschirne mit seinem verbeiteten Schlosse eingetroffen, aber nicht ein einziger Reiter. Nachdem der Ausritt des Grafen mit seinem Stabe (in „Wallensteiner"-Kostümen) und dem Musikerkorps nach dem historischen Stoppelfelde an der Bahn erfolgt und der Graf die betrübende Wahrnehmung machen mußte, daß er nun auch von „seinen Bauern", der „Schwefelbande", im Stich gelassen, wurde Kehrt gemacht und nach Hause geritten. Der Dreschgraf zog sich verschnupft in seinen Bau zurück und nur auf das Johlen der Menge vor dem Schlosse zeigte er sich am Fenster und hielt einige gepfefferte Hetzereien auf die Juden, speziell die Glogauer, die er für das Fiasko verantwortlich machte. Schließlich ließ der Graf das Deutsche Reich leben und patriotische Lieder spielen und singen.

Landeshut, 4. September. Volksversammlungen. Anfang nächster Woche finden in unserem Wahlkreise zwei öffentliche Versammlungen statt, auf welche wir die Genossen heute schon hinweisen. Genosse Löbe aus Breslau referiert am Montag, den 11. September in Liebau, am Dienstag, den 12. in Landeshut über das Thema: „Wie das deutsche Volk ausgeplündert wird." Zahlreicher Besuch der Versammlungen, besonders durch Frauen, ist erwünscht.

Striegau, 2. September. Es wird Licht in den Köpfen der Bäckergesellen. Am Mittwoch, den 30. v. M. tagte in der „Bierquelle" eine öffentliche Bäckergesellenversammlung. Nach einem Referate des Gauleiters Hiegon-Breslau, an das sich keine Debatte knüpfte, wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die sich für die Beibehaltung des Maximalarbeitstages erklärten.

Mittelsteine, 4. September. Eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung tagte gestern Sonntag, den 3. d. M. in der „Villa Nova". Genosse Nadlof-Breslau hielt einen Vortrag über das Thema: „Die Klassenkämpfe in der Gegenwart", der beifällig aufgenommen wurde. Eine Debatte fand nicht statt. Dagegen fanden lebhafte Auseinandersetzungen statt, in welcher Weise ein besserer Tarif herbeigeführt werden kann. Es werden zu diesem Zwecke zwei Kommissionen für Mittelsteine und Wünschelburg gebildet, die mit den Unternehmern in Verhandlungen eintreten haben. Die Bezirksleitung in Bunzlau wird von dieser Tarifbewegung in Kenntnis gesetzt werden. In 14 Tagen soll in demselben Lokale ein Sommervergnügen stattfinden. Zwölf neue Abonnenten für die „Volkswacht" wurden gewonnen, ein Beweis, daß auch die vielen zerstreut wohnenden Steinarbeiter mehr und mehr unseren Ideen zugänglich werden.

Schönlanke. Ein polizeilicher eigentümlicher Bescheid ist dem hiesigen Kartellvorsitzenden auf eine Beschwerde, welche sich gegen ein Versammlungsverbot richtete, in der Genosse Grempe einen seiner Projektionsvorträge halten wollte, zugegangen. Der Königliche Landrat und Geheimer Regierungsrat in Czarnikau läßt sich wie folgt in seinem Bescheide aus:

Ihre gegen den Bescheid der Polizeiverwaltung zu Schönlanke vom 14. Juli 1905 Nr. 5291 hier angebrachte Beschwerde vom 24. Juli d. J. wird hiermit als unbegründet zurückgewiesen.

Nach den getroffenen Feststellungen zielte der Inhalt der die Versammlung ankündigenden Flugblätter, welche Sie öffentlich zu verteilen bezw. anzukleben beabsichtigten, auf eine Aufreizung (!) zum Klassenhaß (!!), besonders in der arbeitenden Bevölkerung hin, was demzufolge durch den in der Versammlung am 17. Juli d. J. abzuhaltenden Vortrag ebenfalls zu befürchten war.

Das Verbot zur Verteilung bezw. zum Anheften der Flugblätter sowie zur Abhaltung der Versammlung, die eine Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit besorgen ließ, ist hiernach seitens der dortigen Polizeiverwaltung zu Recht ergangen.

(Unterschrift.)

Kommentar überflüssig!

Hohensalza, 2. September. Der Staat ist wieder einmal gerettet. Am 31. August war in Hohensalza eine allgemeine Gewerkschafts-Versammlung arrangiert, in der Frau Kähler-Dresden über „Arbeiterlöhne und Lebensmittelpreise" sprechen sollte. Die Versammlung wurde jedoch polizeilich untersagt, weil nach Ansicht der Polizei in Hohensalza das Versammlungslokal den bau- und sicherheitspolizeilichen Bestimmungen nicht entspricht. Das Lokal, ein Saal, der etwa 100 Personen faßt und früher schon zu Versammlungen und kleineren Vergnügungen benutzt wurde, soll nun auf einmal den sicherheitspolizeilichen Bestimmungen nicht entsprechen. Ein anderer Saalbesitzer, der, nachdem das polizeiliche Verbot dem Vertrauensmann bekannt geworden, um die Hergabe seines Saales zwecks Abhaltung obiger Versammlung angegangen war, erklärte noch am 30. August schriftlich, daß er sein Lokal zur Verfügung stelle. Erst am 31. August, Nachmittags, erhielt der Vertrauensmann eine Absage des Lokals für denselben Abend. Nochmaliges Vorsprechen der Referentin und einiger Genossen bei dem Wirt blieb ohne Erfolg. Als einzige Entschuldigung für sein Verhalten führte er die Erklärung ins Feld, daß, sofern er die Versammlung abhalten lasse, er genau wisse, daß ihm das Militärverbot für sein Lokal treffe und er dann ein ruinierter Mann sei. Rechtzeitig bei der Polizei angemeldet war die Versammlung für beide Lokale. Verhindert wurde dieselbe im ersteren Falle durch Verbot der Polizei, im zweiten Falle durch Beeinflussung des Wirts. Die Gäste, welche der Einladung der Versammlung gefolgt und sich in den Räumen des Lokals aufhielten, wurden durch vier Polizisten abwechselnd beobachtet, jedenfalls um zu verhindern, daß staatsumstürzlerische Reden geführt werden. Wahrlich ein Zeichen der Zeit und charakteristisch für unsere preußischen Verhältnisse.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Einen grausigen Fund machte auf dem Eisenbahnkörper in der Nähe des Viadukts zu **Bunzlau** ein Streckenwärter. Er fand ein abgefahrenes menschliches Bein und nicht weit davon einen schrecklich verstümmelten menschlichen Körper. In der Leiche wurde der ledige Former Hermann Scholz ermittelt. Nach einem in den Taschen des Getöteten vorgefundenen Zettel handelt es sich um einen Selbstmord. Scholz nimmt auf dem Schriftstück von einem Mädchen Abschied und bittet dieses, ihm zu folgen. Er litt an Schwermut und war 21 Jahre alt. — Selbstmord verübte am Sonntag der Bergmann R. in **Hermsdorf**, indem er sich mittels Dynamit tötete. Das Motiv zu der entsetzlichen Tat ist Schwermut anzunehmen. Schon in den letzten Tagen versuchte er, sich zu ertränken, doch hinzugekommene Personen vereitelten sein Vorhaben. Diesmal aber gelang es ihm und zwar in der gräßlichsten Weise. Er hatte die Sprengpatrone in den Mund genommen, sodaß ihm der Kopf total abgerissen wurde. Ein Pilze sammelnder Ortsbewohner fand die entsetzlich verstümmelte Leiche, die nur an den Kleidern erkannt werden konnte. — Der bei der Bahnverwaltung in **Ostrowo** beschäftigte, 30 Jahre alte verheiratete Monteur Pluczynski ist bei einer Weichenbesichtigung in der Nähe des alten Maschinenschuppens von einer Lokomotive erfaßt und auf der Stelle getötet worden. —

lungen unter den Arbeiterinnen der Fischindustrie Propaganda für die Verkürzung der Arbeitszeit, insbesondere den Achtstundentag, sowie für die gewerkschaftliche Organisation zu machen. Soviel mir bekannt wurde, mit dem Erfolge, daß eine größere Anzahl in der Fischindustrie tätiger Frauen sich der gewerkschaftlichen Organisation anschlossen. Die in dieser Industrie üblichen niedrigen Löhne und anderen Uebelstände sind geradezu empörend. Damit das bei den amtlichen Erhebungen gewonnene Material Verwendung finden kann, wurde der stenographische Bericht des Beirats aus der Zentralkasse für unsere Agitatorinnen gekauft. Die Erhebungen in den Plättereien und Wäschereien haben bis jetzt noch nicht stattgefunden. Unsere Genossinnen warteten indes nicht; in den Wasch- und Plättanstalten Hamburgs-Altona's und anderen Orten stellten sie selbst Erhebungen an. Schlimme Zustände kamen dabei ans Tageslicht, deren Kenntnis für die Agitation von großem Vorteil ist. Die Mühe der Genossinnen wird durch den Wert der geleisteten Arbeit und ihrer Früchte belohnt.

Wie gelegentlich der amtlichen Enquete so hat die proletarische Frauenbewegung auch sonst in jeder Hinsicht die gewerkschaftliche Organisation gemeinsam mit den Gewerkschaften zu fördern gestrebt. Die rednerisch gewandten, organisatorisch geschulten Genossinnen sind unablässig tätig gewesen, um indifferente Arbeiterinnenmassen wachzurütteln und der Organisation ihres Berufes zuzuführen. In den Industriezentren läßt es sich der Stamm aktiver Genossinnen angelegen sein in enger Fühlung mit den Gewerkschaften die agitatorische und organisatorische Kleinarbeit zu leisten, welche die Arbeiterinnen der Gewerkschaft zuführen und sie ihr als treue Mitglieder erhalten soll. Insbesondere pflegen sie, durch Rundschreiben dazu ermuntert die Werkstubensitzungen und stehen zu diesen zur Verfügung. In manchen Orten bestehen Kommissionen, welche die Agitation für die Gewerkschaften unter den Frauen betreiben. Häufig sind die weiblichen Vertrauenspersonen die Beschwerdestelle für die Arbeiterinnen, die Mittelsperson zwischen ihnen und der Gewerbeinspektion. Zur Förderung der gewerkschaftlichen Arbeit der Genossinnen wurde u. a. ein Zirkular verschickt, welches den Genossinnen Ratschläge gibt über die Aneignung der notwendigen Gesetzeskenntnis, um mit Vorteil Werkstuben- und Fabriksitzungen leiten zu helfen, wie die Frauenkonferenzen in Mainz, München und Bremen anempfahlen. Die Genossinnen erhielten dazu noch den „Führer" durch das Krankenversicherungs- und Gewerbeunfallversicherungsgesetz. Bei der Wichtigkeit der Gewerkschaftsbewegung hatten es die Genossinnen für angebracht gehalten, sich auf dem letzten Gewerkschaftskongreß zu Köln durch die Unterzeichnete vertreten zu lassen. Als Gast nahm sie zur Frage der gewerkschaftlichen Agitation unter den Arbeiterinnen das Wort.

Erwähnt sei zum Schlusse noch, daß die jahrelang geführte Agitation der Genossinnen für Mutter- und Säuglingsschutz als Aufgabe der Kommune, wie es auf unseren Frauenkonferenzen gefordert worden ist, endlich das Resultat eines Anfanges in Berlin gezeitigt hat. Es sind im Mai dieses Jahres zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit vier städtische Fürsorgestellen errichtet worden, in denen unentgeltlich spezialärztlicher Rat über die Pflege und Wartung der Säuglinge erteilt wird, wie auch auf 8 Tage zubereitete Milch für diese unentgeltlich verabfolgt werden kann. Auch stillende Mütter können Unterstützung erhalten. Da die gewährten Vorteile durchaus keine Armenunterstützung sind, sondern ein Recht, welches, um noch viel mehr zu erreichen, ausgenutzt werden muß, so haben die Berliner Genossinnen auf ihre Kosten ein Flugblatt verbreitet, durch welches die Proletarierinnen zu starker Inanspruchnahme der Fürsorgeeinrichtungen veranlaßt werden sollen.

Neben dem gesprochenen Worte ist es das gedruckte, welches bei der Aufklärungsarbeit unter dem weiblichen Proletariat eine große Rolle spielt. Unser Organblatt, die Gleichheit, ist in der Ausgestaltung, die sie seit

Beginn dieses Jahres erfahren hat, für die Proletarierin geradezu unentbehrlich geworden. Sie ist ihr nicht bloß treue Beraterin für ihre Beteiligung am Klassenkampf, sondern auch für ihre allseitige Selbstbildung, für die bessere Erfüllung ihrer Pflichten als Hausfrau und Mutter. Die Genossinnen haben keine Mühe gescheut, um Abonnenten für ihre Zeitschrift zu werben. In einigen Orten ist zu diesem Zwecke Hausagitation betrieben worden, die sehr mühevoll war, meist jedoch recht lohnend ausfiel. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß oftmals auch die Genossen halfen, der „Gleichheit" Eingang bei den Frauen zu verschaffen. So ist es im Kreise Wanzleben, wo eine Frauenbewegung bisher nicht bestand, den Genossen gelungen, 200 Abonnentinnen für die „Gleichheit" zu gewinnen.

Hoffentlich wird die Lektüre derselben in den Frauen nach und nach Interesse am Parteileben und am Klassenkampf erwecken, so daß sie sich in nicht zu ferner Zeit als Genossinnen der Sozialdemokratie einreihen. Der vortreffliche Inhalt der „Gleichheit", die unausgesetzte Agitation für das Blatt, haben bewirkt, daß die Abonnentenzahl im letzten Jahre sich mehr als verdoppelt hat. Sie ist auf über 23 000 gestiegen.

Um den Genossinnen Gelegenheit zu geben, sich über die Schul- und Erziehungsfrage zu unterrichten und mit Verständnis eine intensive Agitation gegen die geplanten Verschlechterungen der Volksschule, für eine Verbesserung derselben zu entfalten, wurde das Referat, welches Genossin Zetkin zur Frage auf der Frauenkonferenz zu Bremen gehalten hat, in einer Auflage von 20 000 Exemplaren als Broschüre gedruckt. Der billige Preis gestattete den Genossinnen auch recht armer Orte, sie umzusetzen.

Für die Proletarierin ist die Gesunderhaltung des Leibes von hoher Wichtigkeit. In dieser Beziehung hat das in der „Gleichheit" Nr. 26 von 1904 veröffentlichte Merkblatt zur Bekämpfung des Gebärmutterkrebses von unserem Genossen Dr. Curt Freudenberg und Dr. Zadek sehr nützlich gewirkt. Viele Krankenkassen, wie Vertrauenspersonen haben eine größere Anzahl des Merkblattes angekauft und zur Verteilung gelangen lassen; es ist fast in der gesamten Parteipresse zum Abdruck gelangt, wir rechnen nicht zu hoch, wenn wir sagen, daß mindestens eine halbe Million Proletarierinnen dadurch belehrt worden sind.

Um den Vertrauenspersonen die für die eigene Belehrung wie der Genossinnen notwendigen Schriften zukommen zu lassen, wurden für diesen Zweck im Berichtsjahre auf Kosten der Zentralkasse gekauft: 250 Exemplare Protokoll des Bremer Parteitages und der Frauenkonferenz, 25 Exemplare Internationaler Kongreß zu Amsterdam, 170 Protokolle des Preußischen Parteitages, 170 Exemplare der Grundsätze und Erläuterungen zum sozialdemokratischen Programm, 170 Exemplare Das Kommunistische Manifest, 63 Exemplare Preußisches Vereinsgesetz, 7 Preußische Gesindeordnung, 20 Protokolle vom Heimarbeiterschutzkongreß, 12 Stück Die Arbeiterin im Klassenstaat, 20 Fabrikarbeit verheirateter Frauen, 200 Führer durch das Krankenversicherungsgesetz, 200 Führer durch das Gewerbeunfallversicherungsgesetz, 5 Führer durch das Landwirtschaftliche Unfallversicherungsgesetz, 280 Broschüren der Gesundheitsbibliothek.

Die in diesem Jahre ein- und ausgegangenen Postsendungen sind registriert worden, ihre Zahl gibt einen gewissen äußeren Anhalt für den Umfang der Arbeit. An Briefen sind eingegangen 870, ausgegangen 1546; die Zahl der eingelaufenen Postkarten betrug 328, die der ausgegangenen 504. An Drucksachen wurden 985 Pakete versandt.

es nicht recht gelingen, und so zogen sich die Verhandlungen lange hinaus. Endlich wurde dann das heiße Bemühen gelohnt, allein damit hatten wir den Februar d. J. erreicht, wo der Reichstag dann in die Verhandlungen der Handelsverträge eintreten konnte.

Ueber die Verhandlungen selbst wird später noch zu reden sein, doch sei hier schon bezüglich des Handelsvertrags mit Oesterreich-Ungarn folgendes erwähnt: Ungarischerseits wurden die Verhandlungen vom Ministerium Tisza geführt, das sich mit dem dortigen Parlament in einem Kampf befand. Es kam zur Auflösung des Parlaments und zu Neuwahlen, und bei dieser Gelegenheit unterlag das Ministerium Tisza. In Ungarn ist aber bis heute, wo wir dies schreiben, noch kein Ministerium zustande gekommen, und der Vertrag noch gar nicht ratifiziert. In Ungarn bestreitet man überhaupt, daß Tisza legitimiert gewesen sei, Unterhandlungen zu führen. Somit besteht zurzeit also die Gefahr, daß die Verhandlungen pro nihilo gewesen sind.

Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1905/6.

Der diesjährige Reichshaushalt-Etat ist in

Einnahme und Ausgabe

auf 2 180 167 169 Mark festgestellt, und zwar:

im ordentlichen Etat

auf 1 762 209 932 Mark an fortdauernden und auf 223 730 491 Mark an einmaligen Ausgaben, sowie auf 1 985 940 423 Mark an Einnahmen,

im außerordentlichen Etat

auf 194 226 746 Mark an Ausgaben und auf 194 226 746 Mark an Einnahmen.

Der von der Regierung dem Reichstage vorgelegte Etat stellte sich ursprünglich wie folgt: in Ausgabe und Einnahme auf 2 241 560 900 Mark, und zwar: im ordentlichen Etat auf 1 762 658 556 Mark an fortdauernden und auf 182 589 239 Mark an einmaligen Ausgaben, sowie auf 1 945 247 795 Mark an Einnahmen, im außerordentlichen Etat auf 296 313 105 Mark an Ausgaben und auf 296 313 105 Mark an Einnahmen.

Die Differenz zwischen dem Voranschlag der Regierung und den Beschlüssen, nach denen der Reichstag den Etat gestaltet hat, beträgt 61 393 731 Mark.

Im Etat des Jahres 1904/5 betrug die Differenz 400 Millionen Mark. Wie ersichtlich, ist der Reichstag im laufenden Etatsjahr sehr viel freigebiger gewesen wie im verflossenen Etatsjahr; doch wäre es ein Irrtum, daraus schließen zu wollen, daß die Finanzlage in diesem Jahre eine bessere gewesen sei. Im Gegenteil!

Hat nun der Reichstag den Etat der Regierung zum Teil durch Abstriche und durch Erhöhung der Etatsansätze in der Einnahme um obige Summe wirklich reduziert, so muß man sich gleichwohl hüten, diese Maßregel allzu hoch zu bewerten. Die Regierung hat den Ausweg der Nachtragsetats, und daß sie nicht zögert, davon Gebrauch zu machen, lehrt die Erfahrung.

Auf die einzelnen Ressorts verteilen sich die Ausgaben und Einnahmen des Etats für 1905 in folgender Weise:

Fortdauernde Ausgaben.

Bundesrat	— —	Mk.
Reichstag	759 780	„
Reichskanzler und Reichskanzlei	294 070	„
Auswärtiges Amt	16 197 166	„
Reichsamt des Innern	73 400 677	„
Verwaltung des Reichsheeres	595 943 395	„
Reichsmilitärgericht	553 983	„
Transport	687 149 071	Mk.

Transport	687 149 071	Mk.
Verwaltung der kaiserlichen Marine	[illegible]	„
Reichs-Justizverwaltung	2 238 225	„
Reichsschatzamt	210 893 905	„
Reichs-Eisenbahnamt	410 560	„
Reichsschuld	113 609 950	„
Rechnungshof	983 840	„
Allgemeiner Pensionsfonds	81 894 557	„
Reichs-Invalidenfonds	43 868 262	„
Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung	434 555 785	„
Reichsdruckerei	5 582 381	„
Reichs-Eisenbahnverwaltung	70 746 815	„
Summe der fortdauernd. Ausgaben	1 762 688 556	Mk.

Einmalige Ausgaben.

a) Ordentlicher Etat.

Reichstag	— —	Mk.
Auswärtiges Amt	19 128 064	„
Reichsamt des Innern	6 712 800	„
Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung	18 224 767	„
Reichsdruckerei	79 224	„
Verwaltung des Reichsheeres	[illegible] 384 442	„
Reichsmilitärgericht	232 800	„
Verwaltung der kaiserlichen Marine	98 088 450	„
Reichs-Justizverwaltung	— —	„
Reichsschatzamt	65 700	„
Reichsschuld	— —	„
Rechnungshof	500 000	„
Reichs-Eisenbahnverwaltung	7 423 000	„
Zur Deckung des Fehlbetrages	4 804 992	„
Summe der einmaligen Ausgaben	182 589 239	„

b) Außerordentlicher Etats

Auswärtiges Amt, Kolonialverwaltung	8 600 000	Mk.
Reichsamt des Innern	5 000 000	„
Verwaltung des Reichsheeres	79 225 956	„
Verwaltung der kaiserlichen Marine	50 117 000	„
Reichsschatzamt	— —	„
Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung	27 475 000	„
Reichs-Eisenbahnverwaltung	16 452 600	„
Aus Anlaß der Expedition nach Ostasien	12 659 606	„
Aus Anlaß der Expedition in das Südwestafrikanische Schutzgebiet	48 743 110	„
Zur Deckung des Fehlbetrages im außerordentlich. Haushalte 1903	2 089 884	„
Zuschuß zu den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats	51 000 000	„
Summe der Ausgabe des außerordentlichen Etats	295 813 105	Mk.

Als der große Kampf der Bergleute im Ruhrgebiet ausbrach, rief die Unterzeichnete die Genossinnen zu tatkräftiger Unterstützung auf, und sie haben wahrlich tüchtige Arbeit geleistet, nicht nur als Rednerinnen in den Versammlungen, sondern auch bei der notwendigen unscheinbaren Kleinarbeit, dem Stärken des Solidaritätsgefühls usw., wie dem Sammeln von Geldern haben sie das ihrige ausdauernd, tapfer und opfermutig getan. Die rühmenswerte Haltung, welche die Frauen der Streikenden während des Kampfes betätigt haben, ist zum großen Teil das Verdienst der proletarischen Frauenbewegung, die seit Jahren an der Aufklärung der westfälischen Proletarierinnen mit zäher Ausdauer gearbeitet hat.

Der Abschluß der Handelsverträge und die fortwährende Steigerung der Lebensmittelpreise gaben Anlaß zu vielen Versammlungen und Protestaktionen seitens der Genossinnen.

Wie die Genossinnen im vorigen Jahre die ersten waren, die ihre Stimmen zum Protest gegen die Liebedienerei des offiziellen Deutschlands vor dem Zarismus erhoben, so standen sie auch dieses Jahr in den ersten Reihen, als es sich darum handelte, in Massenversammlungen gegen die Greueltaten des russischen Absolutismus zu protestieren und den glorreichen Freiheitskämpfern im Moskowiterreich, vor allem aber den russischen und polnischen Sozialdemokraten die Sympathie und Bewunderung des deutschen Proletariats zu versichern. — Auch die Schandtaten des Militarismus, die grausamen Soldatenmißhandlungen und die unmenschlichen Bluturteile der Militärgerichte boten den Genossinnen Anlaß zu einer Agitation, welche schärfste Kritik am ganzen System übte und es als Todfeind des Proletariats zu brandmarken. Kurz, nach jeder Richtung hin, unter Ausnutzung aller Gelegenheiten und aller zu Gebote stehenden Mittel, sind die Genossinnen bemüht gewesen, im weiblichen Proletariat Kenntnis der Zustände zu verbreiten, die Köpfe zu revolutionieren und dadurch Kämpferinnen für den Sozialismus zu gewinnen, sowie vor allem auch Mütter, welche künftige Kämpfer erziehen.

Als bekannt wurde, daß der Beirat für Arbeiterstatistik beabsichtige, Erhebungen über die Arbeitsbedingungen in den Plättereien und Wäschereien, sowie in der Fischindustrie zu veranstalten, richtete die Unterzeichnete an die genannte Körperschaft eine Eingabe betreffend die Mitwirkung der geschulten Genossinnen bei dieser Enquete. Es galt bei derselben die Interessen großer proletarischer Frauenkreise zu vertreten, denn in den Plättanstalten wie in der Fischindustrie sind fast nur und in sehr großer Anzahl weibliche Arbeitskräfte beschäftigt. Der Beirat wurde deshalb ersucht, sowohl bei einer mündlichen Befragung von Auskunftspersonen, wie einer schriftlichen Enquete sich an die Männer und Frauen zu wenden, welche auf Grund ihrer Lebenserfahrungen und ihrer Tätigkeit in der Arbeiterbewegung mit den einschlägigen Arbeitsbedingungen besonders vertraut sind, und nicht durch die Furcht vor Maßregelung zum Schweigen veranlaßt werden. Es wurden eine Reihe von Adressen solcher Personen angegeben. Die baldigst eingetroffene Antwort lautete dahingehend, daß die Auskunftspersonen bereits bestimmt seien, gegebenenfalls würde man sich an die vorgeschlagenen Personen und Vertreter der Organisationen wenden. Der Beirat äußerte weiter, daß bei den Erhebungen von keiner Seite her eine Beeinflussung stattfinden dürfe, doch unterliege es keinem Bedenken, es sei vielmehr erwünscht, wenn sachverständige Frauen bei Beantwortung der gestellten Fragen den Arbeiterinnen behülflich seien.

Durch ein Rundschreiben wurden die Genossinnen von dieser Antwort in Kenntnis gesetzt und aufgefordert, sich bereit zu halten und den Gewerkschaften geeignete Frauen zur event. Verfügung zu stellen. In Hamburg, Altona, Ottensen und anderen Orten nutzte man sofort die Gelegenheit aus, um in Versamm-

Entsprechend der Ausbreitung der Frauenbewegung war auch die Einnahme und die Ausgabe eine höhere, als in den Vorjahren.

Sie betrug:

Einnahme . . .	3602 Mk. 50 Pf.
Ausgabe	3213 „ 73 „
Bestand	388 Mk. 77 Pf.

Unter den Einnahmen befinden sich 870 Mk. 50 Pf., die für verkaufte Broschüren, „Schulfrage“, eingegangen sind. Die übrigen Eingänge sind in der „Gleichheit“ periodisch quittiert worden.

Es wurden aufgewendet:

Für Schreibmaterial und kleine Ausgaben 45 Mk. 50 Pf.; für Drucksachen, darunter für 20 000 Broschüren, „Schulfrage“, 1424 Mk. 97 Pf.; für mündliche Agitation, Agitationstouren usw. 1417 Mk. 81 Pf.; für Porti 325 Mk. 95 Pf.; also insgesamt 3213 Mk. 73 Pf. — Kasse und Bücher sind vierteljährlich geprüft und in voller Ordnung befunden worden.

Die Fortschritte der proletarischen Frauenbewegung äußern sich nicht nur in dem Steigen der Einnahmen, sondern auch in der größeren Beteiligung von Orten an ihr. Im vergangenen Jahre hatten sich nur 26 Orte an der Aufbringung von Geldern für den Agitationsfonds der Genossinnen beteiligt, in diesem Jahre dagegen waren es 54. Bemerkt muß werden, daß in den einzelnen Zentren unserer Bewegung die Genossinnen verhältnismäßig recht erhebliche Beträge für die Kosten der Agitation unter den Frauen der arbeitenden Massen aufbringen. 1904 z. B. brachten die Genossinnen in Berlin über 1600 Mk. zusammen, in Hamburg über 3000 Mk., in Frankfurt a. M. über 700 Mk. Im laufenden Jahre stellten sich die lokalen Einnahmen und Ausgaben noch höher. Unerwähnt soll nicht bleiben, daß die Genossinnen den Anregungen der Frauenkonferenz entsprechend, sich mit Erfolg mühten, in ihren Bezirken oft unter halb ländlicher Bevölkerung Vertrauenspersonen ausfindig zu machen, und sie anzuleiten wie die Aufklärung der Frauen ihrer Heimat zu pflegen sei. Die allseitigen Fortschritte unserer Bewegung sollen uns ein Ansporn zu weiterer intensiver Tätigkeit im Dienste des proletarischen Befreiungskampfes sein. Jeder Schritt vorwärts zeigt, welch eine Fülle von Arbeit noch zu leisten ist, aber er läßt uns auch neue Kräfte finden, welche diese Arbeit mit uns leisten wollen. Darum froben Mutes und voll Zuversicht „vorwärts“. Wir Frauen vor allem haben Ketten zu verlieren und eine Welt zu gewinnen.

Ottilie Baader.

Bericht

über die

parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

29. November 1904 bis 30. Mai 1905.

Nachdem der Reichstag am 16. Juni 1904 vertagt worden war, nahm er seine Arbeiten am 29. November wieder auf. Es konnte für niemand zweifelhaft sein, daß der Termin für die Fortsetzung der vertagten Session ein viel zu später war. Ein umfangreiches Material war schon bei der Vertagung unerledigt geblieben, und nun kamen noch umfangreiche neue Beratungsgegenstände hinzu. Das Verzeichnis über die nicht erledigten Materialien, das den Mitgliedern des Reichstages beim Wiederzusammentritt, wie üblich, zuging, ließ keinen Zweifel darüber, daß, wenn nicht recht viele Arbeiten nutzlos unter den Tisch fallen sollten, eine abermalige Vertagung der Session notwendig sein würde. Bei der Vertagung des Reichstages, am 16. Juni 1904, erklärte der Präsident, daß, wenn der Abschluß von Handelsverträgen früher zustande käme, es dann ja immer noch möglich sei, den Reichstag früher als am 29. November einzuberufen. Daraus folgt, daß man sich in Regierungskreisen der Hoffnung hingegeben hatte, sofort mit der Beratung der Handelsverträge beginnen zu können. Während der Vertagung konnte man es auch so in der Tagespresse lesen. Allein der Verlauf der Dinge war ein ganz anderer, und es unterliegt auch keinem Zweifel, daß es den Unterhändlern der Reichsregierung sehr schwer geworden ist, auf der Grundlage des Wuchertarifs selbst diese schlechten Handelsverträge zum Abschluß zu bringen.

Ganz besonders schwierig gestalteten sich die Verhandlungen zum Abschluß eines Handelsvertrags mit Oesterreich-Ungarn. Wiederholt berichtete die Tagespresse, daß die Verhandlungen ins Stocken geraten seien, und man sprach davon, daß sie überhaupt scheitern würden. Daß diese Mitteilungen nicht grundlos waren, wurde in der Folge dadurch bestätigt, daß der Staatssekretär Graf Posadowsky nach Wien reiste und persönlich sein Können einsetzte. Aber auch der Beredsamkeit und Gewandheit Posadowskys wollte

Summe der einmaligen Ausgaben:

a)	182 589 239	Mk.
b)	296 313 105	„
	478 902 344	Mk.
Fortdauernde Ausgaben . . .	1 762 688 556	„
Summe:	2 241 590 900	Mk.

Einnahme.

Zölle und Verbrauchssteuern . .	857 281 740	Mk.
Reichsstempelabgaben	86 424 000	„
Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung	507 077 525	„
Reichsdruckerei	8 520 000	„
Reichs-Eisenbahnverwaltung . .	104 314 700	„
Bankwesen	12 948 500	„
Verschied. Verwaltungseinnahmen	37 139 905	„
Aus dem Reichs-Invalidenfonds	47 927 364	„
Ueberschüsse aus früheren Jahren	240 900	„
Zuschuß des außerordentlichen Etats	51 000 000	„
Ausgleichungsbeträge	19 123 067	„
Matrikularbeiträge	213 250 094	„
	1 945 247 795	Mk.
Außerordentliche Deckungsmittel .	296 313 105	„
	2 241 560 900	Mk.

Die Etatsdebatten.

Der Reichsschatzsekretär Frh. v. Stengel leitete die Generaldebatte mit einer sehr eingehenden und, wie man anerkennen muß, auch sehr instruktiven Rede ein. Herr v. Stengel erklärte ganz offen, daß seine kleine Finanzreform, die sogenannte lex Stengel, den gewünschten Erfolg nicht gehabt hat. Wir unsererseits waren, wie im vorjährigen Bericht eingehend nachgewiesen ist, von vornherein überzeugt, daß diese Maßregel aus der Finanzklemme nicht führen kann. Mit schematischen Gesetzesmaßregeln schafft man kein Geld. Der Schatzsekretär mußte daher die Tatsache bekunden, daß auch im laufenden Etatsjahr die regelmäßigen Einnahmen um fast 75 Millionen Mark hinter den Ausgaben zurückblieben. Also auch in diesem Jahre, und somit zum dritten Male, eine Zuschußanleihe. Aber damit ist das Defizit noch keineswegs im laufenden Etatsjahr erschöpft, und da der Reichsschatzsekretär erklärte: „daß er in vollster Offenheit die Finanzlage darlegen werde“, was er auch tat, wie ihm bereitwilligst bezeugt werde, so mag er auch an dieser Stelle selbst das Wort führen. Er führte u. a. aus:

„Nichts würde hier verderblicher sein, als Selbsttäuschung und Schönfärberei. Die verbündeten Regierungen haben sich nämlich, wenn auch in Hinblick auf die vor einigen Jahren aufgestellten Grundsätze nur mit Widerstreben, entschlossen, gewisse einmalige Ausgaben der Verwaltung des Reichsheeres, die nach jenen Grundsätzen das Ordinarium zu tragen gehabt hätte, in Anknüpfung an die Gepflogenheiten weiter zurückliegender Zeiten, ausnahmsweise für 1905 auf den außerordentlichen Etat zu verweisen. Es sind das die Ansätze für die Ergänzung der Bewaffnung des Heeres mit einem Gesamtbetrage von 46¼ Millionen Mark, einschließlich der bayerischen Quote. Wäre das nicht geschehen, so würde sich der ungedeckte Bedarf des vorliegenden Etats auf rund 121 Millionen Mark belaufen haben.“